

Zeitschrift: Schweizer Monatshefte : Zeitschrift für Politik, Wirtschaft, Kultur
Band: 37 (1957-1958)
Heft: 3

Rubrik: Politische Rundschau

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. [Siehe Rechtliche Hinweise.](#)

Conditions d'utilisation

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. [Voir Informations légales.](#)

Terms of use

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. [See Legal notice.](#)

Download PDF: 06.10.2024

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, <https://www.e-periodica.ch>

Aktuelle politische Fragen

Regelmäßig im Frühjahr veranstaltet die *Freisinnige Partei des Kantons Zürich* eine *Tagung im Gyrenbad*, im Zürcher Oberland, wo über das Wochenende aktuelle Fragen von allgemeiner Bedeutung diskutiert werden. Es ist außerordentlich erfreulich, festzustellen, wie stark die Anteilnahme der Parteimitglieder an dieser Veranstaltung ist. Die diesjährige Tagung vereinigte weit über 100 Mitglieder, so daß sich, wie man hört, die Parteileitung überlegen muß, ob nicht in den kommenden Jahren die Veranstaltung an einen Ort zu verlegen sei, welcher mehr Platz bietet. Das wäre bestimmt schade, denn die Atmosphäre im Gyrenbad eignet sich außerordentlich gut für diese Art politischer Diskussion, die sich in der Hauptsache in kleinen Gruppen abspielt. Die Zusammensetzung der Teilnehmerschaft war vielgestaltig. Es waren Arbeitgeber und Arbeitnehmer, Gewerbetreibende, liberale Berufe, Handwerker und Beamte dabei, und ganz besonders erfreulich erwies sich der Umstand, daß eine außerordentlich große Zahl junger Parteimitglieder, und zwar aus allen Schichten, vertreten waren. Was diesen Kreis betrifft, so erweist sich jedenfalls die Behauptung von der mangelnden Anteilnahme der Jungen an der Politik als unrichtig, was sich besonders in den Diskussionen der Gruppen und des Plenums zeigte, wo die Jungen sich als eine sehr aktive und unternehmungslustige Schar politischer Kämpfer erwiesen.

Die Tagung war von der Parteileitung und vom Sekretariat ausgezeichnet vorbereitet worden. Dies zeigte sich nicht nur in der sachkundigen und speditiven Behandlung der zur Debatte gestellten Themen, sondern ebenso an der äußeren Organisation, die bestimmt von jedem Teilnehmer als vorbildlich bezeichnet worden ist.

Nach einem Eröffnungswort des Parteipräsidenten, Dr. *Robert Bühler* (Winterthur), der in markanter Weise das Postulat in den Vordergrund stellte, daß die Diskussion für unsere Politik unterläßlich sei und der so alle Teilnehmer zu einer recht regen Beteiligung aufforderte, zogen sich die fünf Arbeitsgruppen in ihre Tagungssäle zurück.

Eine erste Gruppe befaßte sich unter der Leitung von Dr. *E. Schwarb* vom «Zentralverband Schweizerischer Arbeitgeberorganisationen» mit den aktuellen Fragen der *Einführung der 44-Stunden-Woche*. Dabei wurde betont, daß es zweifellos schwere Arbeiten gibt, die eine Verkürzung der Arbeitszeit als wünschbar erscheinen lassen. Eine Voraussetzung bildet allerdings eine stärkere Rationalisierung der Betriebe. Es besteht die Gefahr, daß die Freizeit für andere Arbeit benützt wird, wie man dies dort wo die Fünftagewoche eingeführt ist, häufig beobachtet. Ein Ansteigen der Stundenleistung durch die kürzere Arbeitszeit kann in Rechnung gestellt werden, aber es ist fraglich, ob dieses genügt, um die Verluste der Produktion auszugleichen. Die Kosten der Arbeitszeitverkürzung sind erheblich; so würde eine Verkürzung der Arbeitszeit von 48 auf 44 Stunden die Arbeitskosten um ca. 13% erhöhen. Die Mehrkosten würden auf die Preise überwältigt, und es würde zweifellos eine gewisse Beeinträchtigung der Konkurrenzfähigkeit der Exportindustrie eintreten. Abschließend wurde festgestellt, daß

die Verkürzung der Arbeitszeit grundsätzlich als möglich zu bezeichnen sei, sie müsse aber in vorsichtiger Abstufung verwirklicht werden, um die Auswirkungen auf das Preisniveau gering zu halten. Eine gesetzliche, lineare Arbeitszeitverkürzung, wie sie der Landesring der Unabhängigen vorschlägt, wurde abgelehnt, dafür die vertragliche Lösung in den Vordergrund gestellt.

Eine zweite Gruppe befaßte sich unter Leitung von Dr. *Alfred Billeter* (Zürich) mit dem *Frauenstimmrecht*. Hier waren die freisinnigen Frauengruppen stark vertreten. Mehrheitlich wurde die Parole für das Frauenstimmrecht ausgegeben, und man kam zum Schluß, das Frauenstimmrecht sei zuerst in der Gemeinde, dann im Kanton und zuletzt im Bund einzuführen, wobei den Frauen zuerst das Wahlrecht und das Stimmrecht in den Fragen eingeräumt werden soll, die sich mit Erziehung, Bildung und jenen allgemeinen Themen befassen, die ihnen besonders naheliegen. Zur Begründung wurde hervorgehoben, daß die Stellung der Frau eine große Wandlung erfahren habe, welche die Bevorzugung der Männer nicht mehr rechtfertige. Es wurde auch gesagt, daß unser Land sich nicht allein gegen eine Entwicklung stemmen könne, die offenbar, wie übrigens auch die Arbeitszeitverkürzung, im Zuge der Zeit liegt.

In der dritten Gruppe ging es besonders lebhaft zu, und ihr Thema gab auch in der Plenarsitzung am meisten zu reden. «*Beibehaltung oder Aufgabe unserer Neutralität?*» war das Problem, das diese Gruppe unter der Leitung von Dr. *H. A. Schläfli* (Zürich) diskutierte. Hier wurden verschiedene Ansichten geäußert, und besonders von seiten der jungen Parteimitglieder traten stark idealistische Züge in den Vordergrund, die es mit der Beibehaltung der Neutralität nicht bewenden lassen wollten. Besonders die Einigung Europas hatte verschiedene Parteimitglieder in ihren Bann gezogen, aber aus der Diskussion ergab sich bald, daß man sich offensichtlich da und dort ein etwas zu optimistisches Bild von den tatsächlichen Möglichkeiten dieser Einigung machte, so wie sie heute bestehen. Einig war man sich darüber, daß zur Zeit die Fortführung der vom Bundesrat bisher befolgten Politik der bewaffneten Neutralität dringend erforderlich ist. Im übrigen wurde ganz allgemein die Einigung Europas als notwendig bezeichnet und für die Zukunft eine Prüfung der Frage empfohlen, ob eine aktive Teilnahme der Schweiz an dieser Einigung in Aussicht zu nehmen sei.

Eine weitere Gruppe behandelte unter der Leitung von *E. Hugentobler* (Zürich) das Problem der *Kartellgesetzgebung*. Vorerst kam einmütig die Ansicht zum Ausdruck, daß die Kartellinitiative, die von Kreisen, die zum Teil dem Landesring nahestehen, lanciert wurde, abzulehnen sei wegen ihrer viel zu weitgehenden Zielsetzung, die bekanntlich ein allgemeines Kartellverbot verlangt, und außerdem wegen der vagen und unsicheren Formulierungen, welche dirigistische Interventionen am laufenden Band zur Folge hätten. Auch würde ein Kartellverbot die bestehende Wirtschaftsstruktur unseres Landes grundlegend verändern und die Abwehrmöglichkeiten der kleinen Selbständig-erwerbenden gegen den Mißbrauch wirtschaftlicher Macht durch Verfälschung des Wettbewerbes gefährden. Immerhin wurde einstimmig der Ansicht Ausdruck gegeben, daß eine Mißbrauchsgesetzgebung notwendig sei. Die betreffenden gesetzgeberischen Maßnahmen dürften die Möglichkeit schaffen, die Rechtsprechung des Bundesgerichts auszubauen. Dabei sollen aber diese Maßnahmen nach Möglichkeit privatrechtlicher Natur sein. Eine gewisse Lockerung des externen und internen Kartellzwanges ist nach der Meinung der Gruppe anzustreben, wobei besonders die staatlichen Zwangskartelle nach dem Muster der Käseunion erfaßt werden müßten. Im Kreise der Gruppe wurde noch die interessante Anregung gemacht, es sollten für Kartellprozesse gewisse Erleichterungen gewährt werden, damit die im allgemeinen sehr kostspielige Durchführung

solcher Prozesse auch denen möglich werde, die nur über beschränkte Mittel verfügen — ein Postulat prozessualer Natur, das der Parteileitung zur Prüfung überwiesen wurde.

Eines der interessantesten Themen war zweifellos jenes der fünften Gruppe, die unter Leitung von Prof. *M. Großmann*, Vizepräsident der Partei, das *Problem der Regionalplanung* behandelte. Ausgehend von dem Umstand, daß die Bevölkerung des Kantons Zürich in den nächsten zwanzig Jahren um etwa 200 000 bis 300 000 Personen zunehmen dürfte, fand die brennende Frage der Siedlungsentwicklung eingehende Behandlung. Hier ist der Umstand zu berücksichtigen, daß die Industrie mit Vorzug nach den großen Zentren zieht, während die Arbeiter und Angestellten sich den Außengemeinden zuwenden, die durch diese Entwicklung kaum über steuerkräftiges Kapital verfügen, sich aber dafür vor die Notwendigkeit gestellt sehen, Ausgaben für die allgemeine Wohlfahrt, wie Schulhausbauten und soziale Leistungen, auf sich zu nehmen, die in keinem Verhältnis zu ihren Einnahmen stehen. Die Unabhängigkeit der Gemeinden wird durch diese Entwicklung gefährdet. Aus diesem Grunde wurde eine Dezentralisierung der industriellen Unternehmungen und ihre Verpflanzung in Außengemeinden als dringend bezeichnet. Indessen soll bei dieser Regionalplanung das Privateigentum geschützt werden; Beschränkungen der Baufreiheit würden eine angemessene Entschädigung voraussetzen. Es handelt sich hier um ein Problem auf weite Sicht und zudem um eine Frage, die wohl in ihrer großen Bedeutung für die Erhaltung der Gemeindeautonomie noch viel zu wenig erkannt wird.

Der Sonntagvormittag vereinigte sämtliche Teilnehmer zu einer *Plenarsitzung*, wo man während vier Stunden die Ergebnisse der Gruppenarbeit besprach. Die Vorsitzenden der einzelnen Gruppen gaben je eine zusammenfassende Darstellung der Gruppenarbeit und ihrer Ergebnisse. Eine weitgespannte Diskussion ergab sich vor allem über die Frage der Neutralität, und das Plenum sah sich in der Lage, in diesem Punkt einige Abrundungen oder Milderungen vorzunehmen. Auch die Regionalplanung führte zu einer Aussprache, welche durch ein Votum von Kantonsbaumeister Peter erweitert wurde.

* * *

Am 21. Mai feierte Bundesrat Dr. Markus Feldmann seinen sechzigsten Geburtstag. Ein Volksmann im wirklichen Sinne des Wortes, konnte er an diesem Tage die Glückwünsche aus allen Kreisen, Beweise der Treue und Dankbarkeit aus dem ganzen Volke entgegennehmen. Von 1928 bis 1945 Chefredaktor der «Neuen Berner Zeitung», hat er zur Entwicklung der bernischen Bauern-, Gewerbe- und Bürgerpartei entscheidend beigetragen. Die bernische Politik jener Jahre hat er maßgebend mitbestimmt. 1945 wurde er in die bernische Regierung gewählt, wo sich die Kraft seiner Persönlichkeit in den von ihm betreuten vier Direktionen rasch geltend machte. Im Dezember 1951 erfolgte seine Wahl in den Bundesrat; er erreichte die höchste jemals erzielte Stimmzahl. Unvergessen sind seine Verdienste in der Kriegszeit. An maßgebender Stelle der pressepolitischen Kommission hat er die geistige Widerstandskraft unseres Volkes entscheidend gesichert. Bis zu seiner Wahl in den Bundesrat war er Mitglied des Vorstandes der «Schweizerischen Politischen Korrespondenz», wo man sich seines Einsatzes dankbar erinnert.

Lettre de Suisse Romande

Mais oui, il y a une nouvelle «affaire Bonnard». C'est à croire que l'éminent helléniste aime la publicité. Le rôle de vedette, qu'il a tenu voici quelques années déjà, il le reprend dans le tapage et les pleins feux des polémiques. N'est-ce pas son droit, après tout? Au vrai, on eût préféré pour lui un peu plus de discrétion.

Car tout ce branle-bas, c'est bien lui qui l'aura voulu, non la société des écrivains suisses que l'on accuse de tous les péchés de Budapest. Ceux qui, à maintes reprises, ont fait état de l'incommensurable vanité du «professeur rouge» auraient-ils donc raison? D'autres ont parlé de sa naïveté. Sur ce point, je crois que nous sommes en droit de récuser leur témoignage.

De quoi s'agit-il? On a tellement brouillé les cartes de ce jeu regrettable que le public est sans doute déconcerté. Voici:

Au début de novembre de l'an dernier, dans le moment même où nous vivions à l'écoute de nos appareils de radio pour apprendre des nouvelles de Hongrie, les délégués des sections de la société des écrivains suisses se réunissaient à Morat. Conférence tout à fait «ordinaire», selon les exigences mêmes des statuts. Il y avait là des Genevois, des Vaudois, des Neuchâtelois, des Fribourgeois, aussi bien que des représentants de la Suisse alémanique. Il convient de l'établir afin qu'il n'y ait pas d'équivoque sur ce point. Et c'est au cours de cette «conférence des délégués» que la décision fut prise, et à l'unanimité, de demander au professeur Bonnard de condamner publiquement la sauvage répression russe en Hongrie.

Il faut bien souligner ici deux choses. 1. D'abord, qui ne se souvient des appels bouleversants que les écrivains magyars lançaient à leurs confrères du monde entier? — «Aidez, aidez!» criaient les uns. — «Protestez, protestez!» reprenaient les autres. En France, de nombreux intellectuels de gauche, un Jean-Paul Sartre, un Claude Roy, rompaient avec le parti communiste. Chez nous, un Denis de Rougemont écrivait que les honnêtes gens n'auraient plus le droit de donner la main à des communistes qui ne se désolidariseraient pas d'avec les assassins. Notre peuple, dans son ensemble, réagissait avec générosité. Il y eut ces minutes de silence que chacun respecta dans la douleur profonde que lui causaient des événements atroces. Il y eut ces «marches» accablées, ces prières publiques qui réunissaient des milliers d'hommes, de femmes, indignés, blessés, impuissants. Vraiment, nous souffrions dans notre chair des blessures qui étaient faites à un peuple dont le crime était d'avoir tenté de recouvrer son indépendance. 2. Ensuite, il n'était point question de demander à qui que ce soit de renoncer à ses idées politiques. Il s'agissait d'une prise de position morale en face de la tyrannie. Cela, il nous semble que la lettre écrite par le «bureau» de la société le précisait nettement. Ne disait-elle pas: «Nous avons toujours considéré que l'appartenance de nos membres à tel parti politique, à telle confession, à telle association quels qu'ils soient, ne nous regarde pas, dans la mesure où telle appartenance est compatible avec l'honnêteté et l'honneur. Nous estimons aujourd'hui que demeurer membres d'associations ou de partis qui acceptent moralement que les patriotes ouvriers, paysans et intellectuels hongrois soient écrasés par les tanks et les bombes russes, traités de fascistes et de criminels parce qu'ils se sont révoltés contre la tyrannie, est contraire à l'honnêteté et à l'honneur.» En conclusion, le professeur Bonnard était invité à dire s'il «réprouvait l'action du parti communiste russe en Hongrie».

Il serait intéressant de savoir combien d'écrivains suisses, combien de patriotes suisses, auraient refusé de signer une telle lettre le 12 novembre 1956.

Car c'est bien le 12 novembre 1956 que cette lettre fut adressée au professeur Bonnard. Mais pourquoi au professeur Bonnard seul? En droit, c'est là que réside la faute commise par le «bureau» de la société des écrivains suisses.

En effet, c'est à tous les membres, non à un seul d'entre eux, que le comité aurait

dû poser une semblable question. Seulement, les circonstances étaient telles, il faut y insister, qu'à ce moment-là, des cinq cents écrivains que compte l'association, un seul se trouvait suspect de ne pas condamner les crimes commis en Hongrie par la puissance occupante. Non qu'il n'y ait d'autres intellectuels «progressistes» parmi les écrivains helvétiques. Mais il semblait que M. Bonnard seul pouvait faire défection dans cette prise de position morale. Et pour cause!

Et c'est ici qu'il faudrait insister sur la prétendue «naïveté» du professeur lausannois. Sa première réaction fut de faire répondre au comité de la société par un avocat. Cela n'est pas d'un naïf. Sa seconde réaction fut de se terrer dans le silence pendant plus de deux mois. Il fallait laisser passer l'orage. Il fallait laisser l'oubli descendre peu à peu sur les horreurs commises à Budapest. Après seulement, on pourrait tirer profit de l'erreur de droit commise par les signataires de la lettre. Cela non plus n'est pas d'un naïf. Et c'est le 17 janvier enfin qu'il prit la plume pour exprimer «sa vive surprise» et son inquiétude de voir «la liberté d'opinion de l'écrivain» menacée par une démarche qui, effectivement, à cette date, paraissait maladroite.

Ce n'était pas d'un naïf, non plus, que de parler de «maccarthysme» à propos d'une demande, il faut y insister, de prise de position morale à l'égard de crimes qui soulevaient la réprobation de tous les honnêtes gens. *Il introduisait d'emblée un faux débat.* Il faussait le sens d'une discussion qui ne pouvait plus être que politique. Dans l'idée des signataires de la lettre, il s'agissait d'honneur et d'honnêteté. Ce sont les termes mêmes de la requête datée du 12 novembre. Il n'allait plus être question que d'inquisition, que de manœuvre contre la liberté de penser.

Car un jour, le naïf qu'est M. Bonnard jugea opportun de rendre public l'échange de cette correspondance. *Contacts*, un petit journal dont l'éminent professeur est l'un des correspondants, publia, en février, les trois lettres qui constituent le «fond» de l'affaire. Trois lettres, parce que le bureau de la SES. tira les conclusions qui s'imposaient du refus qui lui était signifié et fit savoir à son interlocuteur qu'il soumettrait à l'assemblée générale une requête d'exclusion.

La publication de ces missives ne passa pas inaperçue. M. Samuel Chevallier, autre collaborateur de *Contacts*, le premier, lança l'anathème contre les ignobles inquisiteurs. C'était une belle occasion pour ce grand patriote de ressusciter le «malaise» romand. Or, nous y revenons parce que ce point nous semble important: c'est à l'unanimité que la conférence des délégués s'était prononcée, les écrivains présents de langue française partageant les inquiétudes de leurs confrères de la Suisse alémanique.

Après M. Chevallier, la grande presse se déchaîna. Un journaliste affirma que les deux lettres comminatoires constituaient «une honte et un scandale». Le même journaliste, en revanche, ne trouvait ni scandaleux ni honteux que M. Bonnard répondît à M. Zbinden qu'il ne pouvait se prononcer «sur un événement international dont il n'a même pas, dans l'état actuel de notre information, la possibilité de connaître dans quelles conditions il s'est produit, encore moins d'interpréter le sens».

M. Bonnard escomptait sans doute beaucoup d'applaudissements. La phrase que nous venons de citer lui valut de rudes bastonnades. Lui, si bien renseigné, jadis, sur la révolution grecque; lui qui avait des vues si précises sur la «guerre bactériologique» en Corée, voici que tout à coup il se trouvait empêché, au nom de la vérité historique, de donner son avis sur les événements de Hongrie. Décidément, il y regardait de moins près quand il écrivait sur le soulèvement hellénique: «Le gouvernement de la reine Frédérique, fasciste-monarchiste, est un gouvernement d'assassins. J'ai longuement pesé ce mot et j'ai même trouvé qu'il n'est pas assez fort.»

C'est ce que lui rappelait un rédacteur de la *Feuille d'Avis de Neuchâtel*.

Ce qui est certain c'est que la polémique ainsi engagée ne pouvait plus avoir que des effets néfastes. Sur le plan, en particulier, des rapports de la Suisse alémanique et de la Suisse romande, ce faux-débat, on le répète, ne pouvait que nuire à chacun. Pour cette raison, et ne désirant d'aucune manière placer une couronne de martyr sur la tête du «professeur rouge», le comité de la SES. décida, dans sa séance du 25 mars, de

renoncer à la décision que le bureau avait prise de proposer à l'assemblée générale l'exclusion du distingué philologue.

Seulement, ce comité avait reçu un mandat de la conférence des délégués: c'est à cette conférence qu'il appartient d'abord de revoir sa décision.

Il est vrai qu'entre temps, la section bernoise de la SES. avait pris la décision, elle aussi, de proposer l'exclusion de M. Bonnard. La voilà bien la preuve de l'existence du fameux «fossé»! La polémique allait ainsi rebondir. Où en sera-t-elle quand ces lignes paraîtront?

Que dire de plus? Qu'il est malheureux que des passions de nature diverse se soient donné libre cours au sujet d'un problème qui semblait relever seulement de la dignité des écrivains d'un pays libre. Pourquoi ne terminerions-nous pas par une citation? Albert Camus disait récemment, dans un discours à l'adresse de Salvador de Madariaga: «Nous avons vu, nous voyons encore des penseurs de gauche, par haine d'une autre partie de la nation, justifier par de beaux raisonnements la suppression du droit de grève et des conquêtes ouvrières, le régime concentrationnaire, l'abolition de toutes les libertés de pensée et d'expression et même l'antisémitisme, à seule condition qu'il soit professé et exercé sous des étiquettes humanistes. Un froid délire d'auto-punition a fait ainsi, à dix ans d'intervalle, de nos théoriciens de la nation ou de la liberté les serviteurs passionnés des pires tyrannies qui se soient étendues sur le monde et, pour tout dire en un mot, les adorateurs du fait accompli. . .»

Il est vrai que «dans l'état actuel de son information», M. Bonnard n'a pas «la possibilité de connaître» qui, en Hongrie, est l'assassiné et qui, l'assassin.

Maurice Zermatten

Militärische Umschau

Sind wir Atombereit?

In einem künftigen Krieg muß mit dem Einsatz der ABC-Waffen, das heißt der Atomwaffen, der biologischen und der chemischen Waffe, gerechnet werden. Über den Stand unserer Abwehrbereitschaft gegen diese Waffen ist in den Monaten März und April in den *Basler Nachrichten* eine ausgiebige Diskussion geführt worden, deren Ergebnisse kurz zusammengefaßt werden. *Frank Barfuß* eröffnete die Diskussion mit einer scharfen Kritik an der heutigen unbefriedigenden Organisation, bei der Aufgaben und Verantwortlichkeiten auf verschiedene Organe verzettelt sind.¹⁾ Dem ABC-Dienst wird die Tendenz zugeschrieben, den Mangel an praktischer Erfahrung durch theoretisch-spekulative Überlegungen auszugleichen und so einen militärischen Dilettantismus zu pflegen, der wenig zur Lösung der gestellten Probleme beitrage. Barfuß rügt ferner die ungenügende praktisch-taktische Erfahrung der Stabsoffiziere des ABC-Dienstes und nimmt an, daß es im ABC-Dienst weniger an Physikern mangle als an militärischen Fachleuten.

Um was es beim ABC-Dienst geht, schildert eingehend Dr. *Hans Flückiger*²⁾. «Um den besonderen Aufgaben gerecht zu werden, die die Probleme der radioaktiven Strahlung und der radioaktiven Verseuchung stellen, verfügt die Armee über A-Labors, welche sowohl über die nötigen Spezialisten (Physiker) als auch die Einrichtungen verfügen, um die erforderlichen Untersuchungen zur Anordnung wirksamer Schutzmaßnahmen durchzuführen.» — Die Abwehr der biologischen Waffe gehört in die Hand der

Ärzte, Tierärzte, Biologen und Bakteriologen. «Die Abwehrmaßnahmen erstrecken sich von der Sabotagebekämpfung über hygienische Maßnahmen, Schutzimpfungen, Diagnostik (Erkennen der Krankheitserreger), bis zum Bereitstellen der spezifisch wirksamen Heilmittel. In der Armee bestehen die B-Labors, die zur Durchführung der erforderlichen Untersuchungen eingerichtet sind, damit die spezifischen Abwehrmaßnahmen rasch getroffen werden können. Daneben können noch die Hygiene- und Entgiftungsdetachements zur Abwehr eingesetzt werden.» — Unter den chemischen Kampfstoffen sind heute die sogenannten Nervengifte am gefährlichsten, gegen die aber die Gasmaske Schutz gewährt. «Die Armee besitzt die C-Labors, die über die nötigen Ausrüstungen verfügen, um einen Kampfstoff rasch zu identifizieren und die nötigen technischen Grundlagen für die Abwehrmaßnahmen und die Entgiftungsmöglichkeiten auszuarbeiten. Die Entgiftungsdetachements werden für spezielle Entgiftungsaufgaben eingesetzt.» — Neben diesen Abwehrorganen sind den höheren Stäben der Armee ABC-Offiziere als fachtechnische Berater der Kommandanten zugeteilt, die auch die Anordnung und die Überwachung der Abwehrmaßnahmen leiten. «Das wichtigste Glied in der Kette ist aber die Truppe selbst. Die ganze Organisation würde nichts nützen, wenn der einzelne nicht bereit und befähigt ist, die ersten und entscheidenden Abwehrmaßnahmen selbst zu treffen.»

In einer Erwiderung auf die Kritik von Frank Barfuß betont *Adrian Roth* die Verantwortung der Truppenführer für alle Abwehrmaßnahmen gegen Atomwaffen³⁾. Der ABC-Dienst ist ein Dienstzweig, welcher der Truppe mit Sachkenntnis zur Verfügung steht. Wie in der Vergangenheit werden auch in der Zukunft Kriege gewonnen werden durch starken Kampfgeist und überlegene Intelligenz der Führung. Der ABC-Dienst muß sich nun auf allen Stufen in den Dienst dieser Intelligenz stellen. Damit ist eigentlich schon gesagt, was die Angehörigen dieses Dienstes in erster Linie beherrschen müssen. Beurteilung der Einsatzmöglichkeit der Waffen, Beobachtung und Beurteilung der Wirkung, Folgerungen technisch-physikalischer Art. — «Es ist für die Armee als Ganzes von entscheidender Wichtigkeit, wie weit die höhere Führung die durch die A-Waffen geschaffenen Probleme erfassen wird.» Auf allen Stufen die Voraussetzungen richtiger Führungsentschlüsse zu verbessern, ist eine Aufgabe, in welcher der ABC-Dienst seinen Platz hat. «Um diese Rolle zu erfüllen sind die Personen wichtiger als die Organisationsform und die Ausrüstung, die es dringend zu beschaffen gilt, wichtiger als Reglemente.»

Die Gesellschaft der ABC-Offiziere des 1. Armeekorps, für die Hauptmann *Zbinden* unterschreibt, bezeichnet die zur Verfügung stehenden technischen Unterlagen sowie das Material als sehr gut und betont die taktischen Ausbildungsmöglichkeiten für die ABC-Offiziere in den Zentralschulen I, II und III, in taktischen Kursen ihrer Stäbe und operativen Übungen. «Sie verstehen von der Kampfführung der Truppe genau, was jeder Dienstchef eines höheren Stabes wissen muß⁴⁾.»

Dr. *R. Daetwyler* hebt in seiner Erwiderung die vorbildliche Leistung der ABC-Sektion bei der Sammlung und Auswertung der verschiedenen Angaben und Unterlagen hervor⁵⁾. «Nicht nur sind wir heute über Einsatzmöglichkeiten und Wirkungen der ABC-Waffen orientiert, wir kennen auch die für unsere Verhältnisse geeigneten Schutzmaßnahmen... Auch die Instruktion des Fachpersonals ist von der ABC-Sektion in vorbildlich organisierten und geleiteten Kursen an die Hand genommen worden.»

Die Redaktion der «Basler Nachrichten» faßt abschließend das Ergebnis der interessanten Aussprache zusammen und weist vor allem darauf, wie wichtig es ist, genügend

1) «Basler Nachrichten», 1. Beilage zu Nr. 98, 5. 3. 57, siehe ferner 1. Beilage zu Nr. 151, 9. 4. 57. 2) «Schweizerische Handelszeitung» Nr. 6, 7. 2. 57, Sondernummer «Armee und Wirtschaft»; gekürzte Fassung «Basler Nachrichten», 1. Beilage zu Nr. 129, 26. 3. 57. 3) «Basler Nachrichten», 1. Beilage zu Nr. 116, 18. 3. 57. 4) «Basler Nachrichten», 1. Beilage zu Nr. 129, 26. 3. 57. 5) «Basler Nachrichten», 1. Beilage zu Nr. 151, 9. 4. 57. 6) «Basler Nachrichten», 1. Beilage zur Nr. 151, 9. 4. 57.

Spezialisten für den A-Dienst zu gewinnen⁶). Für die Ausbildung der Truppe erscheinen mehr praktische Übungen am Platze, wie sie vom ABC-Dienst auch verlangt, aber in den überlasteten WK von der Truppe nicht immer durchgeführt werden. «Es fehlt in der Tat in der Armee noch weitgehend an einem ‚Atombewußtsein‘. Es ist aber Sache der Truppenoffiziere, diese Atmosphäre vom ersten Erstellen der Marschbereitschaft an über die Detailtage bis zu den Übungen zu schaffen.» Ganz besonders fehlt es aber an Material, so heute noch an Meßgeräten, doch soll nun die Zuteilung von Dosimetern erfolgen. Ferner wäre an die Zuteilung von Strahlensuchgeräten und Schutzanzügen an die Truppe zu denken. Die Einführung einer Hautspritze ist im Studium. Widerstände bestehen vor allem gegen die von der ABC-Sektion verlangte Einführung von Kollektivschutzobjekten, weil diese der Konzeption einer Bewegungsarmee widersprechen würden. Es fehlt der Truppe auch an genügend Schanzwerkzeug; Grabmaschinen werden für Übungen kaum zur Verfügung gestellt. So ergibt sich aus der Aussprache kein einfaches Rezept, sondern ein Strauß von Postulaten für die Verstärkung unserer Atombereitschaft.

Miles

Wie wird unser Luftraum verteidigt?

Die Kriegsvorbereitungen eines kleinen Landes laufen leicht Gefahr, sich im «luftleeren» Raume abzuspieren, indem sie sich von der allgemeinen militärischen Entwicklung, sei es aus materiellen oder psychologischen Gründen, zuerst unmerklich und dann immer rascher entfernen. Die ständige Korrektur dieser Derivation vom eigentlichen Ziel einer kriegsbereiten Armee stößt auch in der Schweiz auf besondere Schwierigkeiten, denn die Wehraufwendungen sind heute leider keineswegs mehr proportional zur Bodenfläche oder Bevölkerungszahl der Staaten. Der oft gehörte Vorwurf an unsere Militärs, sie trachteten nach dem Aufbau einer Großmachtarmee «en miniature», kann leider weniger als Tadel, wie als Hinweis auf eine Notwendigkeit gelten. Jeder Staat, der diesen Namen verdient, ist heute genötigt, die verschiedensten Kampfmittel in einer sinnvollen Kombination einzusetzen, wenn er sich wirksam verteidigen will.

Eine Ursache dieser Situation ist nicht zuletzt die Ausweitung des Krieges auf die dritte Dimension. Die Bedrohung durch Waffenwirkung aus der Luft, welche mit Kerngeschossen und ihren Transportmöglichkeiten bereits dem Absoluten nahe ist, wird zusehends verschärft. Schon in den kombinierten Schlachten des zweiten Weltkrieges wurde das Primat der Landarmeen endgültig zu Grabe getragen. Eine rückläufige Entwicklung wird nicht eintreten.

Für ein Wehrpflichtheer, dessen Stärke stets in seiner Infanterie lag, ist dies ein schwerer Schlag, noch schwerer ist er für die Gesamtheit des Volkes. Das Prinzip des totalen Krieges, welches zu allen Zeiten der Verschärfung der politisch-ideologischen Gegensätze entsprang, wird auch in einem zukünftigen Kriege zur Anwendung kommen, wenn es militärisch gesehen rentabel ist.

Einem solchen schrankenlosen Vernichtungswillen stehen aber heute Waffen zur Verfügung, die nicht nur die Bezwingung der militärischen Kräfte, sondern die Vernichtung ganzer Bevölkerungen möglich machen.

Es braucht keine weiteren Worte, um die Notwendigkeit einer integralen Verteidigung darzulegen. Wenn sich aber dabei zugleich die Frage erhebt, was wir bisher gegen die Bedrohung aus der Luft getan haben, so fehlt uns peinlicherweise eine befriedigende Antwort. Die Tatsache, daß unsere Anstrengungen auf diesem Gebiet ungenügend sind, mag psychologisch bedingt sein. Im Bewußtsein des Schweizervolkes ist die Vorstellung einer über unserem Gebiet bis ins unendliche aufsteigenden Luftsäule, die uns gehört und jeder feindlichen Benützung entzogen werden muß, nicht tief verankert. Man kann «jeden Fußbreit Boden» verteidigen, eine Handvoll Luft hingegen nicht. Die objekti-

ven, technischen Schwierigkeiten dieser Verteidigung erzeugen bei akuter Gefahr vielfach ein Gefühl der Hilflosigkeit, in ruhigen Zeiten eine schweigende Resignation.

Dabei ist das Problem der Luftraumverteidigung bereits im Frieden brennend. Unsere Neutralität, welche die Wahrung unseres Hoheitsgebietes mit bewaffneter Hand in sich schließt, erstreckt ihre Konsequenzen auch auf die dritte Dimension. Eine unbewachte Luftzone bedeutet militärisch ein Vakuum, wie ein nicht verteidigtes Gebiet. Tote Räume jeder Art ziehen die Militärmächte an, sie geben ihnen den Vorwand zur Überwachung durch eigene Kräfte und die Möglichkeit, Aufmärsche durchzuführen, was dem kleinen Land sofort als Komplizenschaft angerechnet wird.

Es stellt sich uns demnach als erstes die Aufgabe der *Kontrolle unseres Luftraumes*. Hierzu bietet sich seit geraumer Zeit als ideales Mittel die elektronische Aufklärung, das Radar an. Zum erstenmal gelingt es, mit seiner Hilfe in beträchtlicher Distanz jenseits der Landesgrenzen ohne Verletzung der nachbarlichen Rechte eine Kontrolle durchzuführen und frühzeitig Warnungen oder Abwehrreaktionen auszulösen. Man wird um den vermehrten Ausbau dieses Netzes schon darum nicht herumkommen, weil seine zusammengefaßten Meldungen erst die Voraussetzungen für eine Koordination der aktiven Abwehr darstellt.

Instrumente, unserem Willen in der Luft Nachachtung zu verschaffen, sind Flugwaffe und Fliegerabwehr. Damit ersichtlich wird, was sie für Aufgaben zu lösen haben, muß man sich kurz die Angriffsmöglichkeiten des Gegners in Erinnerung rufen. Seine taktische Luftwaffe ist imstande, mit raschen Kampfflugzeugen in geringer oder niedriger Höhe mit Bordwaffen und Bomben aller Art unsere Truppen anzugreifen. Während dieser Feind im Tiefflug unsere Topographie auszunützen sucht, um unserer Sicht und Radarortung möglichst zu entgehen, trachtet andererseits die strategische Luftwaffe der schweren Bomber durch möglichst hohen Anflug unseren Fliegerabwehrmitteln zu entgehen. Ihre Ziele liegen vorwiegend in unserm Hinterland. Die Fernlenkgeschosse, deren Abwehr heute noch ein ungelöstes Problem ist, ergänzen die Reihe der Angriffswaffen. Sie alle dienen heute auch als Transportmittel für Atomsprengstoffe. Zur Abwehr dieser umfassenden Bedrohung ist eine Kombination der verschiedensten Kampfmittel notwendig. Voraussetzung ist, wie schon erwähnt, ein Radarnetz, dessen ständige Luftlagemeldungen von festen und mobilen Stationen in einer Führungszentrale zusammenlaufen. Diese entscheidet bei größeren Angriffen, welche Mittel eingesetzt werden sollen. Ohne an dieser Stelle näher darauf eingehen zu können, muß doch erwähnt werden, daß unsere Flugwaffe gemäß ihrem Hauptauftrag, zu Gunsten der Erdtruppen zu wirken, einseitig aufgebaut ist. Die Wirksamkeit der Jäger bei den heutigen großen Geschwindigkeiten, selbst der Bombenflugzeuge und ihrer starken Bewaffnung, ist umstritten. Immerhin machen die taktische Wendigkeit und die Steigfähigkeit bis etwa 14 000 m die Jagdflugwaffe nach wie vor zu einem gefährlichen Gegner. So ist es bezeichnend, daß gerade die Studienkommission der Schweizerischen Offiziersgesellschaft in ihrem Bericht nicht nur eine Erhöhung der Zahl unserer Flugzeuge, sondern auch die Anschaffung von Abwehrjägern fordert.

Unser Hauptkampfmittel wird indessen trotz einer eventuellen Modifizierung des Luftwaffenauftrags die terrestrische Fliegerabwehr bleiben. Ihre räumliche Konzentrationsmöglichkeit und ihre unbeschränkte zeitliche Abwehrbereitschaft machen sie zur wirkungsvollsten Waffe, die sogar eine zeitweise Luftüberlegenheit herstellen kann. Ihre Aufgabe bedarf indessen einer Erläuterung. Dem Laien scheint einzig die Höhe der Abschußzahl über den Wert einer Fliegerabwehr Auskunft zu geben. Tatsache ist aber, daß bereits das Vorhandensein einer starken Fliegerabwehr vom Boden aus den Gegner zu besonderer Vorsicht oder Konzentration der Mittel zwingt. Auch bloße Beschädigungen an Flugzeugen durch Sprengstücke bewirken Verluste, weil sie oft tagelange Reparaturen erforderlich machen. Unsere Flab erfüllt deshalb ihre Aufgabe bereits durch die Störung der feindlichen Maßnahmen und im Idealfall durch Erreichen einer Abschußquote, welche den Angriff unrentabel macht. Churchill soll diese einmal mit 25% bezeichnet haben.

Truppen auf dem Kampffelde, ihre Stellungen und Bewegungen sind von überraschend auftauchenden Tieffliegern bedroht. Zu ihrem Schutz braucht es nach wie vor *hochbewegliche Einrohrgeschütze* mit hoher Kadenz, die nahe beim zu schützenden Objekt aufgestellt, beim Zielen vom direkten Anflug des feindlichen Flugzeuges profitieren. Unsere Armee besitzt in der seit 1954 in Einführung begriffenen 20-mm-Kanone eine vorzügliche Waffe, welche die Anforderungen des Taktikers, pro Zeiteinheit eine möglichst hohe Schußzahl und dementsprechend eine große Sprengstoffmenge an den Feind zu bringen, zufriedenstellend erfüllt.

Dieses Prinzip wird mit der Einführung von Mehrlingsgeschützen weiter vervollkommen. Ihr größeres Gewicht und die damit verbundene Schwerfälligkeit in der Bewegung bewirken allerdings, daß sie nur hinter der Front oder dann auf Selbstfahrlafetten, sogenannten Flabpanzern, eingesetzt werden können. Die Verwendung eines *Mittelkalibers* bietet verschiedene Vorteile, insbesondere denjenigen der höheren Schußdistanz. Ein 30-mm-Vierling der Hispano-Suiza, der eine Kadenz von 2600 Schuß pro Minute erreicht, wird gegenwärtig begutachtet.

Was unsere *schwere Flab* (Kaliber 7,5 cm) betrifft, so hat sie durch die Möglichkeiten der Radar-F Feuerleitgeräte eine Aufwertung erfahren. Die gleichsam zeitverzugslose Übermittlung der Schießelemente an die Geschütze macht ein durchaus wirksames Feuer auch auf rasch fliegende Flugzeuge bis gegen 7000 m möglich. Dies ist für unsere Armee von besonderer Bedeutung, indem es durch Ausstattung der schweren Flab mit modernen Feuerleitgeräten gelingen wird, das bestehende Material voll auszunützen.

Und was geschieht oberhalb 7000 m? Moderne Bomber fliegen in noch größerer Höhe und niemand wird behaupten, daß sie von dort her keinen Schaden stiften können. Wir sehen uns gezwungen, diese bittere Wahrheit einmal mit aller Deutlichkeit auszusprechen: Der schweizerische Luftraum wird heute nur bis zu einer Höhe von 7000 m verteidigt! Das Problem der Luftverteidigung in großen Höhen stellt sich indessen allen Armeen. Auf den Einsatz noch schwererer Geschütze mit großer Steighöhe der Geschosse wird immer mehr verzichtet, weil der Wettlauf zwischen Flugzeug und Granate zu Ungunsten der letzteren entschieden scheint. Die meisten Nationen sehen die Lösung im Einsatz von Hochleistungsjägern und ferngelenkten Flabraketen. Für uns wird sich namentlich die Abwehr durch gelenkte Geschosse aufdrängen, vor allem darum, weil ein schweizerischer Typ bereits im fortgeschrittenen Versuchsstadium ist. Vorläufige technische Vorbehalte dürfen nicht hindern, daß man sich eingehend mit dieser Waffe befaßt. Es fragt sich daher, ob nicht schon heute der Zeitpunkt gekommen wäre, eine Versuchsbatterie zur Truppenerprobung anzuschaffen.

Es ist eine verdienstliche Einstellung, teures Kriegsmaterial bis an die Grenze des Möglichen ausnützen zu wollen. Wie eine kürzliche eindrucksvolle Demonstration der Flab-Rekrutenschule Emmen gezeigt hat, können diese Grenzen unter Zuziehung moderner technischer Hilfsmittel — man denke nur an die Feuerleitradare bei der schweren Flab — noch sehr weit hinausgerückt werden. Auch wird eine Vereinheitlichung der Flab aller Waffengattungen unter der hierfür spezialisierten Fachabteilung für Flugwesen und Fliegerabwehr sowie eine straffe, organisatorische Zusammenfassung der leichten Flab der Heereseinheiten in Abteilungen und Regimentern auch bei unserer beschränkten Zahl an Geschützen eine nochmalige Wirkungssteigerung ermöglichen¹⁾.

Die terrestrische Fliegerabwehr hat ihrer hohen Bedeutung wegen sicher ein Anrecht auf einen beträchtlichen Teil unserer Wehrauslagen. Wir müssen uns aber bewußt sein, daß bereits die erwähnten Verbesserungen der vorhandenen Waffen außerordentliche Summen verschlingen werden. Die erste Rate des Gesamtbegehrens, die während der kommenden Session zur Diskussion steht, zeigt dies deutlich genug. So mag denn zum Schluß die Frage berechtigt sein, ob unsere verbesserte Fliegerabwehr den Anschluß an eine anzustrebende Zukunftskonzeption der Flab auch in allen Teilen

¹⁾ Vgl. «Schweizer Monatshefte» 1955, Heft 5/6: Zersplitterung oder Konzentration der Fliegerabwehr-Mittel?

findet. Kleinkalibriger, wendiger Geschütze mit Wirkung bis etwa 2000 m werden wir immer bedürfen. Sollte nicht ihr Wirkungsbereich gegen oben durch ein starkes Mittelkaliber mit etwa 4000 m Schußhöhe ergänzt werden? Der Anschluß an die ferngelenkten Raketen würde auf etwa 3—4000 m gefunden und eine Verteidigung bis in die Höhe von 15 oder 20 000 m sichergestellt, während auf die schwere Flab mit der Zeit verzichtet werden könnte. Wir erwähnen diese Zukunftsvision keineswegs als Postulat, sondern als Diskussionsbeitrag und möchten damit nur der Überzeugung Ausdruck geben, daß diejenige Luftrüstung die beste ist, welche wirklich schützt und eine ständige Entwicklung ihrer Waffen offen läßt.

Gustav Däniker

Bericht aus Paris

Rückkehr zu den Wirklichkeiten

Jetzt, da die Scheinwerfer erloschen sind, die das prunkvolle Volksfest bestrahlten, das Paris der englischen Königin dargeboten hat, wollen wir, wie Pierre Gaxotte im «Figaro» schrieb, zu den ernsthaften Dingen zurückkehren. Die Stunde ist in der Tat fortgesetzten Festlichkeiten, seien es selbst königliche, wenig günstig. Das Loblied der anglo-französischen Solidarität hat die harte Probe der Wirklichkeit nicht lange bestanden. Während die französische Regierung beschlossen hat, das Problem von Suez vor den Sicherheitsrat zu bringen und aufs neue an die Vereinten Nationen zu appellieren, zieht sich England recht geschickt aus dem bösen Handel der Port-Said-Expedition, indem es die Reeder nach ihrem Belieben die Transitgebühren an Ägypten bezahlen läßt. Diese Uneinigkeit wurde von der Regierung Mollet sehr lebhaft empfunden, die im Hinblick auf ihre finanziellen Pläne, auf den Devisenmangel und die Drohung der Inflation, sich einer zunehmenden Opposition gegenüber sah.

Die innere Krise

Die Abstimmung, welche sie mit 250 gegen 213 Stimmen gestürzt hat, zielt demnach auf ihre Finanzpolitik und nur auf sie. Was die ausländische, vorab die afrikanische und ebenso die europäische Politik anlangt, scheint die Mehrheit von gestern nicht wesentlich verändert zu werden. Auf jeden Fall schien die Regierung außer Atem zu sein. Ihre Gegner riefen, nach der überlieferten Formel, die «Abnützung des Kabinetts» an. Es ist eine Tatsache, daß es Ramadier nicht gelungen ist, vom Parlament den Plan eines wirtschaftlichen und finanziellen Wiederaufstiegs annehmen zu lassen, den eine ernste Situation erheischt. Trotz der Erklärungen Antoine Pinays, der bereit war, der Regierung einen neuen Aufschub zu gewähren, stimmte die Mehrheit der Unabhängigen gegen Guy Mollet. Sie glaubten, keine Bürgschaft mehr leisten zu können für eine Politik, deren sozialistische Färbung, weit entfernt davon, sich abzuschwächen, sich jeden Tag verstärkte. In dem Maße, wie der inflationistische Charakter der Finanzpolitik der Regierung sich bestätigte, wurde der Rückzug der Gemäßigten unvermeidlich. Es stellt sich jedoch die Frage, ob ohne die Beteiligung oder zumindest ohne Unterstützung der Sozialisten sich eine Regierung bilden läßt. Das ist recht zweifelhaft, denn was die algerische Politik angeht, sind die Gemäßigten, die dissidenten Radikalen und die Sozialisten solidarisch.

Schon am Kongreß der Radikalen hatte Mendès-Frances heftige Anklagerede gegen den Ministerresidenten in Algier, Robert Lacoste, das Ziel verfehlt. Nach dem Versuch,

die radikalen Minister zur Demission aus der Regierung zu treiben, ließen ihn jedoch taktische Erwägungen den Kongreß einer Schlußmotion zustimmen, die es ihnen erlaubte, zu bleiben. Dieser Widerruf, der einige seiner wärmsten Anhänger verwirrt und auch in François Mauriacs gerührtem Herzen Klagerufe geweckt hat, scheint das Prestige des gegenwärtigen Vizepräsidenten der radikalen Partei angegriffen zu haben. Ermüdet von seinen autoritären Verfahren, die man weiß nicht welche diktatorischen Hintergedanken durchscheinen lassen, hatten schon seit mehreren Monaten zahlreiche und nicht die schlechtesten Radikalen mit Mendès-France gebrochen und unter der Leitung von André Morice und der Präsidentschaft von Henri Queuille eine dissidente radikale Gruppe gegründet. Es ist also bei der gegenwärtigen Lage wenig wahrscheinlich, daß die mendesistische Opposition aus der beginnenden Krise Nutzen ziehen will.

Die letztere zu lösen wird nicht einfach sein, denn sie wird zu Intrigen und Manövern Anlaß geben, von denen Frankreich 15 Monate verschont geblieben ist, zur Freude der öffentlichen Meinung. Diese weiß Guy Mollet Dank dafür, bis zum Ende sich selbst und der Politik, die er sich vorgenommen hatte, treu geblieben zu sein.

Während der Verhandlungen in der Kammer stieß er mit einigen kraftvollen Sätzen die Idee einer eventuellen Abwertung zurück, die einige unvorsichtigerweise verbreitet hatten. Zuvor hatte der Finanzminister den Plan einer Kapitalbesteuerung dementiert, von der tatsächlich Gerüchte sprachen, die jedoch, wie man versichert, nie in der Absicht der Regierung gelegen habe.

Der Tod Herriots

Der Hinschied Edouard Herriots gab den radikalen Abgeordneten, deren angesehener und geliebter Führer er gewesen ist, eine gute Gelegenheit zum Nachdenken. Alle Meinungen stimmen heute in das Lob seiner Verdienste ein, aber nur wenige scheinen sich an die wesentlichen Episoden der Geschichte zu erinnern, die er erlebt hat. Die hohen Ämter, die er so lange bekleidete (obwohl jede seiner Regierungen nur von kurzer Dauer war), scheinen die Einzelheiten seiner Persönlichkeit verwischt zu haben, die man heute nur als einen imposanten Block wahrnimmt.

Es ist jedoch nicht unangebracht, einige charakteristische Züge seiner Karriere festzuhalten. 1924, an der Spitze der Regierung, rief er das «Kartell der Linken» ins Leben, welches nur dank der Mithilfe der radikalen Linken die Mehrheit besaß. Da die Finanzpolitik des «Kartells» sich als verhängnisvoll erwies (damals schleuderte er seinen Bannfluch gegen «den Wall des Geldes»), stürzte ihn nach einem Jahr der Senat.

Zu guter Patriot indessen, um Raymond Poincaré, seinem Nachfolger, seine Unterstützung zu versagen, brachte Herriot dessen Regierung die Stimmen der Radikalen. Doch als das Werk Poincarés beendet, die finanzielle Stärkung durch die Stabilisierung des Franc erreicht war, stellte sich Herriot in die Quere. Als er 1927 die Präsidentschaft der Partei verlor, die an Daladier übergang, brach der Streit der «beiden Edouards» los. Er gab dem alten Führer der Radikalen Anlaß zu vielen Reizbarkeiten, die seine letzten Jahre verdunkelten. In der vierten Republik trat er wieder an die Spitze seiner Partei und bezeichnete letztes Jahr Pierre Mendès-France als seinen Dauphin. Der Kredit, den er ihm zugestand, beschwor die erwähnte tiefgehende Spaltung herauf. Sein Tod, der im Gegensatz zu aller Annahme den Antiklerikalismus verleugnete, den er sein Leben lang zur Schau getragen, löste leidenschaftliche Kommentare aus. Er stellt heute die Leitung der radikalen Partei in Frage und damit die Zukunft dessen, was von ihr noch besteht.

Die Ereignisse von Marrakesch und ihre Folgen

Die Reisenden, die aus Nordafrika zurückkommen, bestätigen im allgemeinen eine Besserung der Lage und eine Beruhigung der Geister. Sie heben im besondern hervor,

daß die Herrschaft des FLN über die mohammedanische Bevölkerung Algeriens sich nach und nach lockert und seine moralische Geltung sich abschwächt. In diesem Augenblick schlägt die Verhaftung der Söhne des Glaoui, der ein sehr loyaler Freund Frankreichs war, eine neue Bresche in die französisch-mohammedanischen Beziehungen. Niemanden wundert es, daß die Plötzlichkeit des Ereignisses nicht nur die Franzosen in Marokko bestürzt hat, sondern auch den kaiserlichen Palast, wo der Sultan scheinbar brutal vor die vollendete Tatsache gestellt wurde. Gerade er hatte einen der heute Gefangenen vor wenigen Monaten zum Generalanwalt am Gericht von Marrakesch ernannt. Daß Mitglieder der marokkanischen Regierung unter der Hand diesen Coup ermutigt haben, ist recht wahrscheinlich. Einige von ihnen, beispielsweise der Innenminister Si Mhammedi, sind in beständiger Verbindung mit den Führern der Befreiungsarmee, d. h. mit einer mehr oder minder unkontrollierten Macht, die danach strebt, in einem Teil des Landes, in diesem Fall im Süden, Schrecken zu verbreiten und die Bewohner zu erpressen.

In Wirklichkeit war die Beschlagnahme eines reichen Erbes, dem die Phantasie des Volkes märchenhafte Ausmaße zuschrieb, schon seit mehreren Wochen beschlossen. Die Losung der Befreiungsarmee: «Das Geld, das vom Volk stammt, muß zum Volk zurückkehren», hat seinen Widerhall in den Medinas des Scherifenreiches noch nicht verloren. Im Augenblick da die Arbeitslosigkeit zunimmt, die Unzufriedenheit grollt — der Lebensstandard der Marokkaner hat seit einem Jahr nicht aufgehört zu sinken —, betrachtet sich der linke Flügel des Istiqlals um seinen Sieg betrogen, da der Abbau der französischen Herrschaft und die Verkündigung der Selbständigkeit in Tat und Wahrheit nichts eingebracht haben. Hofft die Regierung, indem sie die Demagogie sich entfesseln läßt, die Leidenschaften des Volkes zu beschwichtigen? Das ist möglich; doch das Vorgehen ist gefährlich. Alle Anzeichen sprechen für den Beginn eines Angriffs auf die Stützen des scherifischen Staates und die königliche Autorität. Diese Bewegung wird getragen von den Führern der extremen Linken, die selber in der Abhängigkeit der «Moundama Seghia» stehen, der Geheimorganisation, von deren revolutionären Zielen man annehmen kann, daß sie das friedliche Stadium des Kompromisses hinter sich gelassen hat. In Rabat jedoch vereinigen Regierung und politische Führer ihre Stimmen, um die Beunruhigung der in Marokko ansässigen Europäer zu besänftigen und die finanzielle sowie technische Hilfe Frankreichs anzurufen. Der Erbprinz erklärte in einer öffentlichen Versammlung, Marokkaner und Franzosen «sollten wie Freunde und Brüder zusammenleben». Das gleiche Thema wurde acht Tage später sowohl von Si Mehdi ben Barka, dem Präsidenten der Konsultativversammlung, wie von Allal el Fassi selbst aufgenommen. Der letztere brach mit seiner üblichen Xenophobie und beschwor die Franzosen, der franko-marokkanischen Zusammenarbeit treu zu bleiben: darauf schloß er mit folgenden Worten: «Meine Freunde, Marokko braucht Euch, Eure technische Erfahrung, Euer Organisationstalent, Euer Kapital, Eure Professoren und Lehrer, Eure Ingenieure und Ärzte. Gibt es eine schönere und beneidenswertere Lage als die Eure?»

Man fragt sich, ob solche Worte, unerwartet im Munde des fanatischen Führers des Panarabismus, dem Abzug des ausländischen Kapitals Einhalt zu bieten vermögen, ebenso wie der Abreise einer großen Anzahl Europäer, alarmiert von den Ereignissen der letzten Monate und von der Unsicherheit, die sie leider bezeugen.

Die Verfassungsreform

An einem positiven Resultat ihrer Bemühungen verzweifelnd, trennte sich die mit der Verfassungsänderung beauftragte Kommission nach 22 Monaten, ohne sich über einen Text verständigen zu können, der die Beziehungen zwischen Exekutive und Parlament, den Gegenstand ihrer Arbeit, verändern würde. Am Schlusse ihrer Untersuchungen steht das Geständnis, es sei in Anbetracht der mangelnden Bereitschaft der

Parteien unmöglich, das Parlament zum Verzicht auf einen Teil seiner Vorrechte zugunsten der Macht der Exekutive zu bestimmen.

Infolgedessen haben sich Männer der verschiedensten Richtungen zur Arbeit auf einer neuen Basis zusammengetan und befürworteten, wie z. B. René Pleven, eine föderalistische Verfassung. Schon die «verfassungsgebenden Gesetze» hatten, indem sie den überseeischen Gebieten eine relative Autonomie zuerkannten, eine Entwicklung eingeleitet, die nun nicht aufgegeben werden kann. Das bedeutet eine große Änderung der parlamentarischen Sitten, da die Anwendung dieser Gesetze eine zunehmende Übertragung der Verantwortung und der Macht an die einheimischen Vertreter der früheren Kolonien zur Folge hat.

Nach 164 Jahren hat Frankreich nun das sakrosankte Dogma der jakobinischen Zentralisation aufgegeben, die Grundlage der «einen und unteilbaren Republik». Das ist ein Ereignis von großer Tragweite, ermöglicht es doch inskünftig die Umwandlung der überseeischen Gebiete in ebensoviele Teile eines föderalistischen Staates. Heute, da von den jungen Nationalismen die zentrifugalen Kräfte entfesselt sind, angestachelt von einer internationalen Propaganda zugunsten der Freilassung der farbigen Völker, kann man sagen, daß das Kolonialstatut überlebt ist. Es ist zu wünschen, daß das föderalistische System, welches man an seine Stelle setzen möchte, und das von Marschall Juin bis Vincent Auriol viele Anhänger zählt, die Formen einer verjüngten und erneuerten französischen Union bestimmen wird, gemäß dem Wunsch einer großen Anzahl Franzosen.

Jean de Saint-Chamant

Die Bundesrepublik im Wahlkampf

Die Sehnsucht des deutschen Bürgers nach Sicherheit und metaphysischer Deutung

Nur noch dreieinhalb Monate bis zur Wahl! Die Parteibüros arbeiten auf Hochtour: Plakate werden entworfen, *slogans* geprägt. Die Wahlkampfleiter analysieren — Psychotherapeuten gleich — Stimmung und Seelenlage der Bürger, ihre Wünsche und Hoffnungen, ihre Sorgen und Befürchtungen. Wobei die CDU, auf das schon Erreichte verweisend, die Erfüllung weiterer *Wünsche* in Aussicht stellt, während die SPD eher geneigt ist, an die *Sorgen* des Bürgers zu appellieren. Sie bestreitet ihre Kampagne damit, dem Publikum klarzumachen, daß die Fortsetzung der CDU-Politik sie geradewegs in den Atomkrieg führen werde, eine Gefahr, vor der allein die SPD die Deutschen bewahren könne.

Während der vorletzten Woche war ganz Hamburg übersät mit einem leuchtend schwarz-gelben SPD-Plakat, das zu einer großen Massenveranstaltung aufrief unter dem Motto: «Schluß mit dem Atomwahnsinn.» Der bei weitem wirkungsvollste Redner der Sozialdemokraten, Professor Carlo Schmid, wurde als Hauptredner angezeigt. Ein paar hundert jener Plakate waren in der Stadt verteilt. Aber als die Veranstaltung schließlich bei strömendem Regen unter freiem Himmel stattfand, waren nur 200 bis 300 Leute gekommen, zumeist ältere und alte — im Typ: Genossen von einst aus der Weimar-Zeit. «Die Leute haben heute offenbar mehr Angst vor steigenden Preisen als vor fallenden Bomben», meinte ein Beobachter, der von der «Festwiese» zurückkam.

In der Tat ist man, sind alle Kreise in Deutschland heute außergewöhnlich Lohn- und Preisbewußt. Vor ein paar Tagen traf ich einen britischen Labour-Abgeordneten, der in einem Waliser Kohlendistrikt Abgeordneter ist. Er war zum ersten Mal in

Deutschland, hatte mit Sozialdemokraten und Gewerkschaftern gesprochen und schien ganz fassungslos angesichts der ihm vollkommen ungewohnten politischen Mentalität: während in England die verantwortlichen Partei- und Gewerkschaftsführer sich ständig bemühten, die Arbeiter vom Streiken abzuhalten, hätte er hier den Eindruck, daß die Arbeiter selbst es seien, die bremsten, weil sie das Erreichte nicht aufs Spiel setzen wollten. Zweifellos hat die Erfahrung einer zweimaligen Geldentwertung in Deutschland alle Kreise ohne Unterschied über die Zusammenhänge von Geld und Ware, von Lohn und Preis gründlich aufgeklärt.

Zum ersten Male auch für die SPD Chancen

Die Bundestagswahl von 1957 ist eigentlich die erste wirklich spannende Wahl, insofern als die CDU diesmal kein Recht hat, siegesgewiß den Resultaten entgegenzusehen und die SPD nicht mehr resignierend vor der Gewißheit zu stehen braucht, doch immer nur der Zweite zu sein.

In den beiden vorangegangenen Wahlen — sowohl 1949 wie 1953 — hatte die SPD nicht einmal 30% erreicht, während die CDU 1953: 45% aller Stimmen, 1949: 31% aller Stimmen auf sich vereinigte. Schon hatten viele die Faustregel aufgestellt: «Bei der soziologischen Struktur und den geschichtlichen Bedingtheiten kann die SPD in Deutschland nie mehr als höchstens 35% erreichen.»

Tatsächlich scheint die Spannweite der Christlich-Demokratischen Union sehr viel weiter zu reichen als die der Sozialisten, war doch die CDU von vornherein als ein Sammelbecken — eben als eine Union — angelegt, in der sich der Arbeiter des Ruhrgebietes und der Bauer Schleswig-Holsteins ebenso zu Hause fühlten wie der Bürger in Köln, Hamburg, München, Frankfurt (alles Städte, die traditionellerweise «rot» waren, die aber 1953 bürgerliche Regierungen wählten). Die SPD hatte nicht so rechtzeitig wie die nach 1945 neugegründete CDU den Durchbruch von der alten «Klassenpartei» zur allumfassenden «Volkspartei» vollzogen — weite Schichten der Bauern, des Mittelstandes und sogar der Arbeiterschaft stehen ihr fremd gegenüber.

Im Laufe des Jahres 1956 schien dieses traditionelle Bild sich zu wandeln. Im Frühsommer trat für die CDU eine absolute Flaute ein; der Adenauer-Mythos schien sogar im Kreise seiner Freunde und getreuen Anhänger schwer erschüttert. Die zahllosen demoskopischen Untersuchungen zeigten, daß beide Parteien plötzlich Kopf an Kopf lagen bei den öffentlichen Meinungsbefragungen — meist beide um 40%. Ende des Jahres (Dezember 1956) hatte das Allensbacher Institut für die SPD sogar 45% ermittelt, für die CDU nur 39%, eine noch nie dagewesene Relation!

Seit Anfang dieses Jahres nun ist diese Entwicklung offenbar wieder rückläufig. Die Meinungsforscher ermittelten das Anwachsen der Stimmen für die CDU auf 42 und 43% und den Rückgang der SPD-Anhänger auf 41 und 38%. Die FDP, die bei beiden früheren Wahlen noch 12 und 10% erhielt, wird augenblicklich an der Meinungsbörse der demoskopischen Institute nur mit 7 und 8% gehandelt.

Das vertane Erbe der FDP

Die FDP, die das liberale Erbe hüten sollte, hat soviel hin und her experimentiert, hat sich gespalten und ist, je nach den geographischen Erfordernissen in den verschiedenen Ländern, mal mit den Bürgerlichen für Konfessionsschulen und Privateigentum eingetreten und mal wieder mit den Sozialisten gegen Adenauer zu Felde gezogen, so daß sie heute von vielen nicht mehr ernstgenommen wird. Eine Zeitlang schien die FDP sich auch auf Bundesebene auf eine Koalition mit der SPD einzustellen, jetzt hingegen hat sie plötzlich beantragt, im Grundgesetz eine Bestimmung aufzunehmen, welche die Sozialisierung unmöglich macht.

Wenn man sich daran zurückerinnert, daß im Frühjahr 1953 vor der letzten Wahl die Meinungsumfragen ergeben hatten, daß CDU und SPD bei etwa 34% Kopf an Kopf lagen, während im Herbst des gleichen Jahres, als es dann wirklich zur Wahl kam, die CDU 45% und die SPD nur 29% erhielt, wird man sich über die Fragwürdigkeit solcher demoskopischer Untersuchungen ganz klar sein, mindestens aber über ihre Gültigkeit auf längere Sicht.

Fest steht, daß auch ohne demoskopisches Barometer vor sechs Monaten jeder politische Beobachter den Ausgang der Wahlen am 15. September 1957 für vollkommen offen gehalten, beziehungsweise der SPD mehr Chancen als der CDU gegeben hätte. Heute — was nicht heißt, daß das so bleibt — stehen die Wetten zugunsten der Bürgerlichen.

Soweit sich für diese Beobachtung überhaupt rationale Begründungen finden lassen, liegen sie vermutlich in dem Wunsch, *so wenig wie möglich das mühsam Erreichte zu gefährden, also nach Möglichkeit an dem kunstvollen Gebilde wirtschaftlicher Prosperität und politischer Balance nichts zu verändern*. Nur nichts riskieren! heißt momentan die Devise. Alle Wahlpropaganda der heutigen SPD-Opposition aber muß zwangsläufig auf Veränderung gerichtet sein: Preisgabe des westlichen Bündnisses, Abschaffung der Wehrpflicht, Sozialisierung der Grundstoffindustrie, einschließlich der Chemie. . .

Eines ist höchst merkwürdig — auch der Labour MP verwunderte sich darüber —: nämlich die seltsame Kombination von bürgerlichem Sicherheitsbedürfnis und intellektueller Sehnsucht. Während nämlich den Wähler das Gefühl, nur nichts verändern, nur nicht herumexperimentieren, erfüllt, standen die Parteitage der beiden großen Parteien eindeutig im Bann intellektueller Diskussion. Keine praktische Frage hat das Publikum auf dem SPD-Parteitag so sehr fasziniert wie das große zweistündige Referat von Professor Carlo Schmid über die menschlichen und philosophischen Seiten der zweiten industriellen Revolution (Atomzeitalter); und im Mittelpunkt des CDU-Parteitages im Mai dieses Jahres stand ohne jeden Zweifel das Referat des Hamburger Theologen Professor Thielicke, das den Titel trug: «Gewissen und Verantwortung im Atomzeitalter.»

Marion Gräfin Dönhoff

Polens Innen- und Außenpolitik im Frühjahr 1957

Der mittlere Kurs Gomulkas: Seine Vorgeschichte und die Festlegung auf dem neunten Plenum

Seit den polnischen Sejm-Wahlen am 20. Januar 1957, deren Ergebnisse im Mittelpunkt unseres letzten Berichtes über den innenpolitischen Aspekt der Maßnahmen der neuen Gomulka-Führung in Polen standen (s. «Schweizer Monatshefte», Februarheft 1957), sind wichtige Ereignisse vorgegangen, die einen «mittleren Kurs» der Gomulka-Politik erkennen lassen. Es ist eine Taktik der Kompromißlösungen zwischen den divergierenden Kräften in der kommunistischen Bewegung Polens. Das erste Anzeichen einer solchen Haltung zu den aktuellen innenpolitischen Problemen wurde anlässlich der Neubildung der Warschauer Regierung deutlich. Am 26. Februar stellte Cyrankiewicz den Sejm-Abgeordneten seine Kabinettsliste vor und die polnische Öffentlichkeit vernahm nicht ohne Überraschung, daß einer der Führer der stalinistischen Natolin-

Gruppe, Zenon Nowak, als stellvertretender Ministerpräsident auf seinem Posten geblieben ist. Etwa zur gleichen Zeit wurde der bisherige Erste Sekretär des Warschauer Stadtkomitees, das heißt einer Schlüsselorganisation in der Struktur der kommunistischen Polnischen Vereinigten Arbeiterpartei, Stefan Staszewski, seines Amtes enthoben. Dieses Ereignis war deshalb von ausschlaggebender Bedeutung, weil Staszewski als einer der Schöpfer des Oktoberumschwungs und als ein radikaler Exponent des scharfen antistalinistischen Kurses in der Partei bekannt war. Was diese beiden Tatsachen zu bedeuten hatten, wurde Anfang März für alle Beobachter der polnischen Entwicklung klar, und zwar auf Grund der Ausführungen des Mitglieds des polnischen Politbüros, Jerzy Morawski, in einem grundsätzlichen politischen Aufsatz, der in der Märznummer der ideologisch-theoretischen Zeitschrift der polnischen KP, «Nowe Drogi», erschienen ist. Morawski erklärte, daß die polnische Partei bei der Beseitigung der alten Fehler und der falschen Begriffe sich davor hüten mußte, die Grundlagen des Sozialismus zu unterhöhlen, die richtig waren und bleiben. Die Schlußthese des hohen Parteifunktionsläutete, daß die kommunistische Partei vor einer doppelten Aufgabe stehe, sie müsse nämlich sowohl den Dogmatismus wie auch den Revisionismus in der theoretischen und in der praktischen Sphäre bekämpfen. Da der Artikel in «Nowe Drogi» in einer Art der Richtlinien für den Parteiapparat verfaßt wurde, wußte man von vornherein, daß es sich um Formulierungen handelt, die von dem Politbüro der Partei gemeinsam vereinbart wurden und den Standpunkt der ganzen Parteiführung wiedergeben.

Der praktischen Ausarbeitung der Richtlinien dieses mittleren Kurses galt die neunte Plenartagung des Zentralkomitees der Polnischen Vereinigten Arbeiterpartei, die in der Zeit vom 15. bis 18. Mai in Warschau stattfand. Im Vordergrund der Beratungen stand eine große politische Rede, die der Erste Parteisekretär Gomulka hielt und in der er den offiziellen Standpunkt der beiden führenden Gremien des Zentralkomitees, nämlich des Politbüros und des Sekretariats darlegte.

Die Richtlinien Gomulkas

Gomulka entwickelte das Programm des «Zentrismus» als der gegenwärtig herrschenden Taktik in der Parteiarbeit. Es ist insofern eine Festsetzung des politischen Kurses für die Zeit bis zum nächsten Parteitag, das heißt bis Dezember 1957. Die einzelnen Elemente dieser Politik betreffen sowohl die ideologischen wie auch die praktischpolitischen Fragen.

Der Parteisekretär hat eine Definition des polnischen Weges zum Sozialismus gegeben, die in seiner Oktober-Rede nicht mit der gleichen Ausführlichkeit behandelt wurde. Die polnische Parteiführung hält an der These des selbständigen Weges nach wie vor fest und will davon nicht abgehen. Um die sowjetrussische Partei nicht zu ärgern, machte Gomulka eine Konzession, in dem er auch von der Bedeutung der «Allgemeingültigkeit der universellen Prinzipien des Sozialismus» sprach. Damit ist also jene Frage bereinigt worden, die in den Monaten nach dem Oktoberumschwung ein Gegenstand der Auseinandersetzungen zwischen der polnischen Partei und den anderen kommunistischen Parteien war. Man darf annehmen, daß das Kesseltreiben der anderen kommunistischen Parteien gegen die polnische KP von nun ab nachlassen wird.

Dazu wird auch die Stellungnahme Gomulkas zu den einzelnen ideologischen Strömungen in der Partei beitragen. Er distanziert sich scharf von den Revisionisten (es handelt sich hauptsächlich um die «revisionistischen» Theorien der Zeitschriften «Prostus» und «Nowa Kultura» und der Tageszeitung «Zycie Warszawy»). Wenn auch nicht mit dem gleichen Nachdruck so doch unmißverständlich ist die Verurteilung des Dogmatismus; darunter werden die führenden stalinistischen Kreise gemeint. Wesentlich für die Beurteilung der weiteren Entwicklung in Polen ist der Unterschied, den Gomulka zwischen dem Dogmatismus und dem Konservatismus gemacht hat. Der

Konservatismus, und damit sind die Parteikader bezeichnet worden, sei nicht so gefährlich wie der «Revisionismus» und der «Dogmatismus», wie man gegenwärtig im offiziellen Parteivokabular in Polen den Stalinismus zu bezeichnen pflegt.

Da Gomulka die Abschaffung der Geheimpolizei und die Fragen der Justiz überhaupt nicht erwähnte, bedeutet es, daß sich auf diesem Gebiet nichts ändern wird und die Parteiführung diese grundsätzlichen antistalinistischen Reformen für indiskutabel hält.

Was die anderen Reformen anbetrifft, so war die Rede Gomulkas, das heißt die Haltung des Politbüros, in dessen Namen der Erste Parteisekretär sprach, defensiv. Der Parteichef versuchte, den konservativen Parteiapparat von der Notwendigkeit der neuen Sozial-, Agrar- und Kirchenpolitik zu überzeugen. Auf diesen drei Gebieten machte er Einschränkungen. Am wichtigsten fällt dabei die Abgrenzung der Rolle der Arbeiterräte ins Gewicht, die weniger Rechte als die jugoslawischen Räte in den Industriebetrieben haben werden. Die Parteiführung lehnt den Gedanken der liberalen Gruppe von der Übergabe der Betriebe in die Hände der Arbeiterräte ab. Diese Institution soll als ein Mitbestimmungsrecht und nicht als ein Bestimmungsorgan gelten.

In der Agrarpolitik will man dem konservativen Parteiapparat ein wenig Entgegenkommen zeigen und sowohl die Einzelbauern wie auch die Entwicklung eines kollektiven Besitzes, vor allem an den landwirtschaftlichen Maschinen, unterstützen.

An den Rechten der Kirche und am Religionsunterricht soll nichts geändert werden, aber die Parteiführung fordert eine loyale Haltung seitens der Kirche.

Sieg der Gomulka-Linie

Gomulka kam es darauf an, daß das Plenum des Zentralkomitees die vom Politbüro der Partei ausgearbeiteten Richtlinien, die Gomulka in seinem Referat vorgetragen hat, billigt. Es war zwar das gleiche Zentralkomitee, mit dessen Zustimmung Gomulka im letzten Herbst die Führung der Partei übernahm, aber man darf nicht vergessen, daß die meisten Männer dieser fast 150 Mann zählenden Körperschaft noch in der stalinistischen Periode bestellt wurden und daß sie im Oktober 1956 nur unter dem Druck der revolutionären Arbeiter, Studenten und Soldaten die Wahl Gomulkas vornahmen. Inzwischen waren sieben Monate vergangen und die stalinistische Konkurrenz der neuen Parteiführung hat alles unternommen, um eine Opposition gegen Gomulka zu organisieren.

Es gab auch einen Versuch seitens der Feinde des Parteichefs, sein Programm zu Fall zu bringen. Einige Mitglieder des Zentralkomitees beschuldigten den Parteiführer, daß er den Kapitalismus in Polen wiederherstellen möchte. Diese Taktik war jedoch derart an den Haaren herbeigezogen, daß es Gomulka nicht schwer fiel, die Opposition im Keime zu ersticken. Er verstand auch die Mehrheit des Zentralkomitees für die Unterstützung seiner Thesen zu gewinnen. Der mittlere Kurs der letzten Zeit wird in den neuen Beschlüssen fest verankert und in Polen wird sich in absehbarer Zeit nichts ändern. Damit unterscheidet sich die innenpolitische Situation an der Weichsel radikal von derjenigen der Sowjetunion und der Satellitenstaaten, einschließlich der sowjetischen Besatzungszone Deutschlands. Auf der anderen Seite wird sich Gomulka wahrscheinlich bemühen, nach außen hin die Gegensätze zwischen Warschau und den anderen kommunistischen Ländern zu überbrücken. Eine solche Politik ist mit Rücksicht auf die Schwäche der oppositionellen Regungen in den anderen kommunistischen Parteien des Ostblocks durchaus verständlich.

Personelle Veränderungen

Zum Schluß der kommunistischen Tagung in Warschau wurden drei führende Männer des alten Regimes, die für die Überwachung und die Leitung der inzwischen

aufgelösten Geheimpolizei verantwortlich waren, aus der Partei ausgestoßen. Diese harte Abrechnung mit dem ehemaligen stellvertretenden Ministerpräsidenten Jakub Berman, dem einstigen Sicherheitsminister Radkiewicz und seinem Stellvertreter Mietkowski, vor denen einst jedermann in Polen zitterte, ist wohl ein überzeugender Beweis für das Maß der Veränderungen in Polen.

Aus zwei Elementen kann geschlossen werden, daß sich der Gomulka-Kurs auf der Plenartagung durchgesetzt hat. Zenon Nowak ist, entgegen den Erwartungen des Stalinisten, nicht in das Politbüro aufgenommen worden; das alte Politbüro bleibt unverändert. Zwei neue Sekretäre im Zentralkomitee der Partei, das Politbüro-Mitglied Jerzy Morawski und Zenon Kliszko, sind ausgesprochene Anhänger der Gomulka-Politik. Man brauchte also keinen personalpolitischen Kompromiß mit den konservativen Kreisen des Zentralkomitees zu schließen, das heißt der Druck dieser Kräfte war nicht stark genug, um die Exponenten dieser Kreise in das Sekretariat aufzunehmen.

Zugleich ist Edward Ochab aus dem Sekretariat des ZK ausgeschieden. Sein Rücktritt hat jedoch wenig zu bedeuten. Ochab geht mit Gomulka den gleichen mittleren Kurs. Das Landwirtschaftsministerium, das von ihm seit Dezember 1956 geleitet wird, hat in der gegenwärtigen Situation so große Aufgaben, daß Ochab nicht die beiden Ämter führen konnte. Außerdem war die Vereinigte Bauernpartei (ZSL) bereits seit längerer Zeit dagegen, daß Ochab die beiden Funktionen erfüllte und dadurch bei den polnischen Bauern einen schlechten Eindruck machte. Ochab bleibt jedoch nach wie vor Mitglied des Politbüros und von dort wird er die Anweisungen für die Landwirtschaftspolitik erhalten.

Alexander Korab

Bericht aus Tanger

In knapp dreistündiger Fahrt stellt die spanische Motorfähre die Verbindung zwischen Algeciras und Tanger, zwischen Europa und Afrika her. Aber von den Hunderten von arabischen und spanischen Arbeitern, italienischen und französischen Geschäftsleuten, amerikanischen Touristen, jugoslawischen Ingenieuren und englischen Seeleuten, die lachend und lärmend an der Mole von Tanger marokkanischen Boden betreten, sind sich vermutlich nur die wenigsten bewußt, daß sie während der kurzen Seereise eines der ältesten kulturellen, politischen und strategischen Spannungsfelder der Erde gestreift und die Berührungszone von vier Erdräumen, zwei Meeren und zwei Kontinenten gekreuzt haben.

Von den Klippen des Cap Spartel, wenige Kilometer nordwestlich von Tanger, umfaßt der Blick den geschichtsträchtigen Raum vom Felsen des Tarik bis zum Kap Trafalgar, von den Höhenzügen Andalusiens bis zu den schneebedeckten Bergen des Atlas. Zu Füßen des Beschauers brandet der Atlantik und zu seiner Rechten blaut das Mittelmeer. Die Frachter und Tanker in der Meerenge, die grauen amerikanischen Zerstörer, die drüben Kurs auf Cadiz nehmen, und die Flugzeuge über dem legendenumwitterten «Rock» von Gibraltar verdeutlichen die wirtschaftliche und militärische Bedeutung eines Raumes, in dessen Besitz sich einst Phönizier und Karthager, Römer und Vandalen abgelöst haben. Hier stellten sich vor zwölfhundert Jahren die arabischen Reiterheere zum Übergang nach Europa bereit und über diese Brücke vollzog sich während der folgenden Jahrhunderte der wirtschaftliche und kulturelle Austausch zwischen dem Orient und dem Abendland, dessen Dolmetscher und Vermittler Spanien war.

Die Erinnerung an jene sieben Jahrhunderte des Nebeneinanderlebens von Arabern und Spaniern, von Islam und Christentum auf spanischem Boden ist diesseits wie jen-

seits der Meereenge noch lebendig und die Erfahrungen aus jener Epoche haben Spanien ein besseres Verhältnis zu den Arabern finden lassen, als es andere europäische Nationen herzustellen vermochten, die erst in der jüngsten Zeit in Nordafrika in Erscheinung traten. So ist es erklärlich, daß Spanien von der gegenwärtigen antiwestlichen Strömung in der arabischen Welt kaum berührt wird. Im Gegensatz zu der Nervosität und Unruhe im Verhältnis Frankreichs zu den Eingeborenen Nordafrikas hat sich die Regierung in Madrid angesichts des erwachten arabischen Nationalismus von der nüchternen Einsicht leiten lassen, daß in der alten Geschichte der spanischen Beziehungen zu den Arabern ein neues Blatt zu beginnen war. So hat sich im vergangenen Jahre, als Marokko glaubte zur staatlichen Unabhängigkeit herangereift zu sein, die Rückgabe der bisher spanisch verwalteten Einflußzone an den Sultan in Rabat in freundschaftlichem Übereinkommen vollzogen, sehr im Gegensatz zu den turbulenten politischen und militärischen Auseinandersetzungen, unter denen das französische Protektorat sein Ende fand. Spanien hat auf diese Weise nicht nur an moralischem Prestige in der arabischen Welt gewonnen, sondern es konnte auch seinen wirtschaftlichen Einfluß in ganz Marokko vertiefen. Seine militärischen Interessen auf der afrikanischen Gegenküste wurden vertraglich gesichert, wobei Spanien im besonderen im Besitz der Presidios Ceuta und Melilla bleibt, den beiden Waffenplätzen, die seit 250 Jahren als Teile seines Staatsgebietes gelten. In dieser Sicht bedeutet die maurische Leibwache, die bei feierlichen Anlässen den spanischen Staatsoberhaupt umgibt, mehr als eine malerische Staffage. Sie symbolisiert das Vertrauen, welches Spanien mit der Welt des Islams verbindet.

Es ist in erster Linie diese Freundschaft mit den Arabern, welche Spanien für Amerika im Mittelmeerraum zu einem ungleich wertvolleren Verbündeten macht als es Frankreich ist, das mit seiner widerspruchsvollen Nordafrika-Politik für seine Partner zu einer psychologischen, wirtschaftlichen und militärischen Belastung wurde. Durch das militärische Bündnis mit den USA und durch seine traditionelle Allianz mit Portugal ist Spanien indirekt in die atlantische Verteidigungsfront einbezogen, ohne durch die formelle Mitgliedschaft in der NATO mit den Problemen anderer Länder belastet zu werden. Solange die innenpolitische Situation in Spanien stabil bleibt, ist eine zuverlässigere Sicherung der Südflanke der europäischen Abwehrfront kaum denkbar.

Die Weltgeschichte schickt sich in unsern Tagen an, zu ihrem Jahrhunderte hindurch vernachlässigten Ausgangsgebiet, in das Mittelmeer zurückzukehren. Spanien, einst Hauptakteur im Konzert der Mächte, scheint gewillt, erneut einen Part in deren Zusammenspiel zu übernehmen. In kluger Diplomatie pflegt die Regierung in Madrid, gestützt auf ihr Bündnis mit der stärksten Weltmacht, gute Beziehungen zu allen europäischen, asiatischen und afrikanischen Anrainern im Mittelmeer und bemüht sich in der nüchternen Erkenntnis, daß hier ihre Stunde noch nicht gekommen ist, über die psychologische Belastung durch das Gibraltarproblem hinwegzusehen. Nur das Verhältnis zu Frankreich ist durch die Liquidierung der französischen Hinterlassenschaft in Marokko getrübt, aber es wäre sehr wohl denkbar, daß man in Paris eines Tages glücklich sein würde, jenseits der Pyrenäen einen gegen den Kommunismus immunen Nachbarn zu wissen.

Frankreichs unrealistische Algerienpolitik ist auch das Haupthindernis für die Verwirklichung eines Paktes im westlichen Mittelmeer, wie er sowohl dem spanischen Regierungschef wie dem marokkanischen Sultan *Mohammed ben Jussuf*, einer politisch konstruktiven Persönlichkeit, seit zwei Jahren vorschwebt. Nach Auffassung beider Staatsmänner sollte diese «Interessengemeinschaft» die nordafrikanischen Staaten, also Marokko, Tunis und Libyen, vor allem aber ein unabhängiges Algerien mit Spanien und Frankreich zu wirtschaftlicher Zusammenarbeit und zu regionaler Verteidigung verbinden. Während der Pakt vom Sultan wohl in erster Linie als Gegengewicht gegen panarabische Führungsambitionen in Kairo gedacht ist, sieht Spanien in solchem Bündnis eine Sicherung seiner Achillesferse, der Meereenge, gegen künftige Möglichkeiten.

Zweifellos versucht der Kreml das allgemeine Gefühl der Unsicherheit und die antiwestliche Aversion im arabischen Raum für seine Zwecke auszunutzen und da und

dort auf politische Gruppen Einfluß zu gewinnen. Aber es wäre billig, hinter jeglicher Opposition in den Ländern der farbigen Welt, im besonderen hinter dem arabischen Ultrationalismus, die Hand Moskaus zu vermuten. Der Kommunismus schlägt zwar aus der sozialen Rückständigkeit und der politischen Unzufriedenheit in diesen Ländern Kapital. Aber zunächst dürfte sich die Zielsetzung Moskaus in Nordafrika darauf beschränken, die Lösung aller bestehenden Bindungen an den Westen, gleichviel ob politischer oder wirtschaftlicher Art, zu propagieren und die Opposition gegen jedes mit Hilfe des Westens organisierte regionale Bündnis zu schüren. So richtet sich die russische Agitation auch gegen die Pläne Francos und des Sultans in Rabat. Für die Sicherheit Europas aber wird die Stabilisierung der Verhältnisse im westlichen Mittelmeer um so dringlicher, als in dessen östlichem Teil die wirtschaftlichen, politischen und strategischen Positionen der freien Welt von Monat zu Monat fraglicher werden.

A. L. Ratcliffe

Querschnitt durch neue Wirtschafts-Zeitschriften

Dezember 1956 bis April 1957

(Zitate ohne Jahresangabe beziehen sich auf 1957)

Die heutige Berichtsperiode, die im Dezember 1956 einsetzt, erfaßt auch die in den Wirtschaftsblättern dieser Zeitspanne veröffentlichten Rückblicke auf das vergangene Jahr. Die ökonomische Entwicklung vollzieht sich in der Gegenwart mit einem so rasanten Tempo, daß diese erinnernden Darstellungen an Aktualität schnell verloren haben. Wer an den wirtschaftlichen Geschehnissen von 1956 auch heute noch ein ausgeprägtes Interesse nimmt, der möge die entsprechenden Übersichten in *Finanz und Wirtschaft* vom 28. Dezember 1956, in den *Wirtschafts-Notizen* der Schweizerischen Bankgesellschaft vom Januar, in der *Schweizerischen Arbeitgeber-Zeitung*, Nr. 1 vom 4. Januar, der Wiener *Industrie* vom 5. Januar und vor allem den inhaltsreichen Rechenschaftsbericht im *Bulletin* der Schweizerischen Kreditanstalt vom Dezember 1956 verfolgen.

Internationale Wirtschaftspolitik

Ganz anders ist es um die *europäische Integration* bestellt. Die Bedeutung der mit ihr verbundenen Probleme ist so augenfällig, daß die Beschäftigung mit ihnen und ihre Beurteilung in ungewöhnlich starkem Umfang die Spalten der Wirtschaftspresse füllen. Der ausgezeichnete Artikel vom Sekretär des Vorortes des Schweizerischen Handels- und Industrievereins, Dr. Peter Aebi, über Inhalt und Wirkung der in Rom unterzeichneten Europäischen Wirtschafts-Gemeinschaft (EWG, des Gemeinsamen Marktes) und der Freihandelszone in der Aprilausgabe der «Schweizer Monatshefte», ebenso wie die in der Tagespresse wiedergegebene Stellungnahme des Vorstehers des Eidgenössischen Volkswirtschaftsdepartements gelegentlich einer Zürcher Rede vom Anfang April und des Leiters seiner Handelsabteilung, Minister Schaffner, in einem Vortrag vor der Düsseldorfer Handelskammer vom März zu den europäischen Einigungsbestrebungen, entheben uns der Notwendigkeit, auf das ausgedehnte Material der Wirtschafts-Zeitschriften in Sachen der Integration im einzelnen einzugehen. Aufmerksam zu machen wäre höchstens auf die instruktiven Hinweise von Vorzügen und Nachteilen des

Gemeinsamen Marktes im Hamburger *Wirtschaftsdienst* vom Februar und im deutschen *Arbeitgeber* vom 20. März, sowie auf die in der *Neuen Zürcher Zeitung*, Nr. 138 vom 17. Januar angestellten Überlegungen zu den Problemen eines europäischen Marktes. Recht kritische Bemerkungen finden sich auch in den *Monatsblättern für freiheitliche Wirtschaftspolitik* vom März unter dem Stichwort: «Dirigistisches Klein-Europa» und, vom finanziellen Standpunkt aus gesehen, in *Finanz und Wirtschaft* vom 15. und 29. März und in der heute erstmals unter die zu besprechenden Presseorgane eingereihten *Schweizerischen Handelszeitung* vom 21. Februar, 14. und 21. März. Die spezielle Haltung der Schweiz wird im *Monat* des Schweizerischen Bankvereins vom März und durch den Sekretär des Vereins Schweizerischer Maschinen-Industrieller Hs. Steffen in der *Zürcher Arbeitgeber-Zeitung* vom 1. und 8. März herausgearbeitet, und zwar positiv bezüglich einer Teilnahme an der Freihandelszone und im Hinblick auf die Neutralitätspolitik der Schweiz, ablehnend für den Anschluß an den Gemeinsamen Markt.

Im Gegensatz hierzu ist das Interesse der Öffentlichkeit an den sonstigen Gebieten der internationalen Wirtschafts-Politik merklich verblaßt. Hier ist es nur *La Suisse Horlogère*, die in ihrer gewohnten Vielseitigkeit am 27. Dezember 1956 die wirtschaftliche Situation der OEEC-Länder und am 28. Februar die Zusammenarbeit im Fache der Atomenergie, beides unter Verwertung von Beratungen im Schoße des Ministerkollegiums der Pariser Organisation, untersucht. Die Wiener *Industrie* vom 5. Januar betitelt einen ihrer Aufsätze: «OEEC und Suezkrise-Kooperation statt Dirigismus». Die Bilanz der Schweiz in der *Europäischen Zahlungs-Union*, die infolge von Zurückhaltung im Kapitalexport und durch Belebung der Einfuhr defizitär geworden ist, bereitet der *Schweizerischen Handelszeitung* vom 28. Februar eine gewisse Sorge. Der deutsche *Arbeitgeber* vom 15. Januar beschäftigt sich mit der Frage, was das GATT bisher erreicht hat, und in der *Revue Economique Franco-Suisse* vom Januar prüft der Redaktor im Stabe des Journal de Genève Bernard Béguin die Zweckmäßigkeit eines schweizerischen Beitritts zum GATT. Endlich begegnet der bisherige Direktor des Schweizerischen Bauernverbandes Dr. Jaggi in Heft 6/7 für Februar und März der ebenfalls neu in unseren «Querschnitt» aufzunehmenden *Agrarpolitischen Revue* (einer «Monatsschrift für Agrarpolitik im Industrieland» aus der Schweizer Druck- und Verlagshaus AG., Zürich) in agrarpolitischer Sicht dem Anschlusse der Schweiz an das GATT mit Zurückhaltung.

Konjunktur

Im Gleichschritt mit der eingetretenen Beruhigung der wirtschaftlichen Entwicklung allerorten hat die Anteilnahme der Presse auch an der Gestaltung der *Konjunktur* abgenommen. Immerhin werden ihre Erscheinungen nach wie vor nicht völlig aus dem Auge verloren. So ist es von Wert, die Ausführungen der Firma *A. Sarasin & Cie.* in Basel vom Anfang Januar über die Beeinflussung der Konjunktur durch Schuldentilgung des Bundes nachzulesen. Recht anregend wirkt auch ein Aufsatz von Professor Dr. Röpke in der *Zeitschrift für das gesamte Kreditwesen* vom 1. Januar. Der Autor hat dabei von Jeremias Gotthelf den Titel: «Die schwarze Spinne» übernommen; mit diesem Begriff bezeichnet er die schleichende Inflation, die es nach seiner wiederholt ausgesprochenen Meinung vermittle Belebung der Spartätigkeit und durch den Übergang zur Goldwährung zu bekämpfen gilt. Auch für *Finanz und Wirtschaft* sind die Konjunkturaussichten ein beliebtes Thema. Am 4. Januar verweist sie auf die zuversichtliche Beurteilung in den USA, Frankreich, der Schweiz, Deutschland und Italien; am 19. Februar bezeichnet sie das Konjunkturbild zwar als wesentlich differenzierter als bisher, aber im ganzen jedenfalls nicht als pessimistisch zu beurteilen. Im Gegensatz hierzu hält die *Schweizerische Handelszeitung* vom 28. Februar das Klima der Konjunktur für verschlechtert. Die *Gesellschaft zur Förderung der schweizerischen Wirtschaft* in Zürich bringt als 12. Folge ihrer *Publikationen* des Jahres 1956 (im Dezember) eine Sammlung der heimischen Pressestimmen über «angebliche und wirkliche Teuerungsfaktoren».

In ihren *wirtschaftspolitischen Mitteilungen* vom Januar veröffentlicht sie eine erschöpfende Arbeit des Freiburger Professors Dr. Willy Büchi: «Möglichkeiten und Grenzen einer konjunkturpolitischen Gesamtkonzeption», einen Artikel, der auch der Aufmerksamkeit der Wiener *Industrie* vom 23. März nicht entgangen ist. Der *Monatsbericht der Schweizerischen Nationalbank* vom März umschließt auch die Eröffnungsansprache des Präsidenten des Bankrates Dr. A. Müller und das Hauptreferat des Vorsitzenden im Direktorium Dr. W. Schwegler gelegentlich der diesjährigen Generalversammlung der Bank am 16. März; beide befassen sich rückblickend und vorschauend mit Entwicklung und Aussichten der Wirtschaft. In der *Zeitschrift für das gesamte Kreditwesen* vom 15. Januar findet man von konjunkturellen Randgebieten eine Darstellung von Herbert von Schulmann (Kairo) über die Lage des ägyptischen Bankwesens in der Suez-Krise. Schließlich lesen wir in dem *Neuen Journal* (Verlagsort Wiesbaden) vom 30. Januar mit Erstaunen, in welchem Maße die Kanarischen Inseln durch die Sperrung des Suezkanals und die Umleitung der Schifffahrt um Afrika profitiert haben.

Schweizerische Wirtschaftsprobleme

Von den *speziell in der Schweiz aktuellen Wirtschaftsproblemen* bringt die *Volkswirtschaft* unter den amtlichen Mitteilungen des Volkswirtschaftsdepartements vom Dezember 1956 ab in laufender Folge die Ergebnisse der *Lohn- und Gehaltserhebung* des vorangegangenen Oktobers. Die *Schweizerische Handelszeitung* vom 7. Februar glaubt feststellen zu müssen, daß Lohnerhöhungen für das Steigen der Preise und die Verteuerung der Lebenskosten verantwortlich zu machen sind. Der bereits genannte Präsident des Direktoriums in der Schweizerischen Nationalbank Dr. W. Schwegler unterzieht in einem von der *Werkzeitung der schweizerischen Industrie* des Februars wiedergegebenen Vortrag das «Preis-Lohn-Problem» einer Prüfung. — In der *Schweizerischen Zeitschrift für Volkswirtschaft und Statistik* vom Dezember 1956 ist ein Artikel aus der Feder von Professor Dr. Max Weber über das «Problem einer Minimalsteuer für juristische Personen» mit Gewinn zu verfolgen; Weber lehnt sie ab. Die *Schweizerische Arbeitgeber-Zeitung* vom 4. Januar geht auf das ablehnende Echo ein, das der Vorschlag des Finanzdepartementes vom 3. Dezember 1956 hinsichtlich einer *Neuordnung der Bundesfinanzen* ausgelöst hat. Auch *Finanz und Wirtschaft* vom 22. Januar stellt besorgt die Frage, ob die Bundesfinanzreform zu einem guten Ziele gelangt, und verwirft den «Rohbau der lex Streuli». Von dem reichhaltigen Inhalt der *Steuer-Revue* im März werden die Ausführungen von Fürsprecher M. B. Ludwig (Bern): «Die Bundeseinkommensteuer der Vereinigten Staaten in ihren Auswirkungen auf schweizerische Steuerpflichtige» verbreitetem Interesse begegnen. — Wie in Westdeutschland unter Führung des Bundesministers Erhard, so hat sich auch in der Schweiz neuerdings die Debatte um die Problematik der *Kartelle* belebt. In den *Monatsblättern für freiheitliche Wirtschaftspolitik* vom Februar geht Hans Peter Zschokke (Basel) auf die Frage ein, wie die Schweiz das Kartellproblem sieht. *La Suisse Horlogère* vom 21. März druckt den Wortlaut der bundesrätlichen Antwort auf die Initiative über Kartelle und Trusts im Nationalrat ab. — Der *Wirtschaft* vom Januar dient die Charakterisierung der «*Automation* in Groß- und Kleinbetrieben» zu redaktioneller Behandlung. Auch die *Schweizerische Arbeitgeber-Zeitung* vom 11. Januar und 1. März widmet sich dem gleichen Problem. Der deutsche *Arbeitgeber* wählt aus drei Vorträgen: «Um den Menschen in der Wirtschaft» denjenigen mit dem Titel aus: «Was verlangt die Automation vom Menschen?» In der *Schweizerischen Handelszeitung* vom 7. März werden die Elemente der industriellen Automation zur Darstellung gebracht. — Das *Bulletin* des Schweizerischen Bankvereins vom Februar prüft «die Aspekte und Probleme der schweizerischen *Zolltarifrevision*» erschöpfend. — Ansonsten wäre noch zu verweisen auf die ausführliche Statistik von den *schweizerischen Uhrenexporten* der letzten Jahre (z. B. nach den USA 1955 für 298 und 1956 für 349 Mill. Franken) in *La Suisse Horlogère* vom 31. Januar, auf die

Schilderung der *Energieversorgung der Schweiz* in der *Wirtschaft* vom Februar und schließlich auf die Orientierung über die neue Gesetzgebung betreffend den *Gesamtarbeitsvertrag* in der *Schweizerischen Arbeitgeber-Zeitung* vom 18. Januar.

Amerikanische Wirtschaftsprobleme

Die Lage der *amerikanischen Wirtschaft* und ihre Ausstrahlungen auf die Ökonomie der Welt üben auch heute noch eine lebhafte Anziehungskraft auf die internationale Wirtschaftspresse aus. Der Hamburger *Wirtschaftsdienst* vom Dezember 1956 rühmt den Dollar als weltwirtschaftlichen Stabilisierungsfaktor. Auch *Challenge* vom Januar gibt der Überzeugung Ausdruck, daß die USA keineswegs auf eine neue Inflation lossteuern. Ebenso hält die *Wirtschaft* vom Februar dafür, daß durch das bewährte Mittel der Geldverteuerung der Wirtschaftskörper der USA gesund erhalten werden kann. Dagegen weist die *Neue Zürcher Zeitung*, Nr. 445 vom 16. Februar, auf die widerspruchsvollen Entwicklungstendenzen in der amerikanischen Wirtschaft hin. Anders *Finanz und Wirtschaft* vom 1. März: mit genauen Ziffern von Gewinnsteigerungen zeigt die Zeitschrift, daß besonders Unternehmungen mittlerer Größe in der amerikanischen Industrie auf 1956 als gutes Geschäftsjahr zurückblicken können. Nach der *Schweizerischen Arbeitgeber-Zeitung* vom 15. März hat es die Finanzpolitik der Regierung in den USA verstanden, eine Krise der amerikanischen Wirtschaft zu vermeiden. — Aus beruflichen Gründen verfolgt *La Suisse Horlogère* die *amerikanische Handelspolitik* mit Argwohn; in ihrer Nummer 8 vom 21. Februar und den beiden folgenden Ausgaben (vom 28. Februar und 7. März) unterzieht sie den Kurs dieser Politik einer kritischen Betrachtung. Am 10. und 24. Januar bezeichnet sie die schweizerische Uhrenindustrie als die Zielscheibe für den amerikanischen Protektionismus. Die *Schweizerische Arbeitgeber-Zeitung* vom 1. Februar zitiert den Präsidenten der Handelskammer der USA, John Coleman, als seltenen Rufer im Streite gegen die autarkischen Bestrebungen im eigenen Lande. — «Die Problematik einer allgemein gültigen Entwicklungstheorie für *unterentwickelte Gebiete*»: mit diesem etwas langatmigen Titel versieht Pedro C. M. Teichert von der Michigan State University einen längeren Aufsatz im Hamburger *Wirtschaftsdienst* vom Januar. *Finanz und Wirtschaft* vom 8. Januar macht darauf aufmerksam, daß eine unpolitische Wirtschaftshilfe in Asien und Afrika nicht zu konstruktiven Ergebnissen führen kann. Die *Gewerkschaftlichen Monatshefte* vom Januar legen auf das Erfordernis eines «europäischen Marshallplans» als Hilfeleistung an die jungen Völker Gewicht. Für *Challenge* vom Februar sind die agrarischen Überschüsse Amerikas ein willkommenes Mittel zur Unterstützung der wirtschaftlich zurückgebliebenen Länder. Schließlich bestreitet Nikolai Köstner (Kairo) in den *Monatsblättern für freiheitliche Wirtschaftspolitik* vom März mit guten Gründen, daß der «unterentwickelte Orient» zur Inflation verurteilt sei.

Wirtschaftsbeziehungen der Schweiz zur Umwelt

Das Gesetzgebungswerk der *Schweiz für ihre handelspolitischen Beziehungen zum Ausland* hat mit dem bekannten Bundesbeschluß vom 28. September 1956 (in Kraft seit dem 1. Januar) die erwünschte Vervollständigung und Festigung erfahren. Die *Werkzeitung der schweizerischen Industrie* und die Zeitschrift *Deutschland-Schweiz*, beide vom Januar, sowie die *Schweizerische Arbeitgeber-Zeitung* vom 4. Januar begrüßen die Schaffung einer Verteidigungswaffe gegen die unberechtigte Verletzung heimischer Wirtschaftsinteressen durch Maßnahmen fremder Mächte. Die eben erwähnte Ausgabe der Zeitschrift *Deutschland-Schweiz* und *La Suisse Horlogère* vom 10. Januar enthalten den Wortlaut des wichtigen Bundesbeschlusses. Die *Schweizerische Arbeitgeber-Zeitung* vom 1. Februar beschäftigt sich mit der Außenhandelsbilanz der Schweiz vom Jahre

1956. Im *Monat* des Schweizerischen Bankvereins vom Februar wird der Schweizer Export der letzten 9 Jahre nach Kontinenten zergliedert; die Steigerung der Ausfuhr nach Europa springt bei einem Vergleiche mit derjenigen in Richtung auf die anderen Erdteile ins Auge.

Im einzelnen verweist *La Suisse Horlogère* vom 3. Januar auf die kommerzielle Bedeutung der damals bevorstehenden Schweizer Woche in Düsseldorf. Die Zeitschrift *Deutschland-Schweiz* läßt im März Dr. Paul Eisenring (Zürich) mit «einigen Randbemerkungen zum Stande der schweizerisch-deutschen Wirtschaftsbeziehungen» zu Worte kommen. Der *Plan*, Nr. 6 von 1956, ist vollständig der Behandlung landesplanerischer Probleme in Süddeutschland gewidmet. — Die *Schweizerische Handelszeitung* vom 7. März vermittelt Einzelheiten aus den bereits in früheren «Querschnitten» erwähnten Wirtschaftsvereinbarungen der Schweiz mit *Frankreich*. *La Suisse Horlogère* vom 10. Januar erläutert die handelspolitischen Beziehungen der Schweiz zu ihrem westlichen Nachbarn auf dem Gebiete der Uhrenindustrie und deren weitere Aussichten. Die Ausgabe der *Revue Economique Franco-Suisse* vom Dezember 1956 bringt eine instruktive Schilderung der Lebensbedingungen in der schweizerischen und der französischen Textilindustrie. — In den *Wirtschaftsnotizen* der Schweizerischen Bankgesellschaft vom März werden die Hauptelemente der schweizerischen Doppelbesteuerungs-Abkommen mit den *nordischen Staaten* Norwegen, Finnland und Dänemark dargestellt. — Die Voraussetzungen für eine Heranziehung von Schweizern zu der außerordentlichen *italienischen* Vermögenssteuer vom 28. März 1947 auf der Grundlage einer Verständigung der Schweiz mit Italien vom 10. Januar werden in den *Wirtschaftsnotizen* der Schweizerischen Bankgesellschaft vom Februar und im *Bulletin* der Schweizerischen Kreditanstalt vom März erläutert. — *La Suisse Horlogère* vom 7. Februar ist mit dem Zustand des Warenaustausches zwischen der Schweiz und *Großbritannien* unzufrieden und bemängelt die Lückenhaftigkeit der letzten handelspolitischen Vereinbarungen zwischen den beiden Regierungen.

Kommunistische Wirtschaft und West-Ost-Handel |

Die zunehmende Spannung zwischen der kapitalistischen Welt und dem Sowjetblock hat den Blick der Wirtschaftspresse wieder schärfer auf die *kommunistische Wirtschaft* und die Situation im *West-Ost-Handel* gelenkt. In *Finanz und Wirtschaft* vom 22. Januar lesen wir von den «Rissen im östlichen Wirtschaftsblock»; die ökonomische Expansion der Ostblockstaaten sieht die Zeitschrift als gehemmt an. Das Wiesbadener *Neue Journal* (die früheren «Bonner Hefte») vom Januar ist der Meinung, daß die Mißernte des letzten Jahres die wachsende Unruhe in der Sowjetunion verursacht hat. Für den deutschen *Arbeitgeber* vom 15. Januar und die Wiener *Industrie* vom 23. Februar ist die Zentralplanwirtschaft Moskaus am Scheidewege der Industriepolitik von der alleinigen geballten Pflege der Produktionsmittel zu der dezentralisierten Friedenswirtschaft einer Verstärkung der Konsumgütererzeugung. Die Wettbewerbsfähigkeit des Rubelblocks prüft Dr. Otto R. Ließ (Wien) in der *Schweizerischen Arbeitgeber-Zeitung* vom 22. Februar und 1. März. Eine überstürzte Industrialisierung hat nach der Wiener *Industrie* vom 19. Januar in Bulgarien Arbeitslosigkeit zur Folge gehabt. Die Wirtschaftslage der sowjetischen Besatzungszone Deutschlands im letzten Winter wird durch die *Gewerkschaftlichen Monatshefte* vom März einer eingehenden Analyse unterworfen.

Wie im Dezember 1956 — im vorigen «Querschnitt» erwähnt — so hält auch im Januar die *Wirtschaft* gegenüber abweichenden Meinungen an ihrer Auffassung fest, daß die Schweizer Exportindustrie auf Lieferungen nach Osteuropa, der Sowjetunion und China verzichten solle. Die *Schweizerische Handelszeitung* vom 7. Februar unterzieht den Osthandel der Schweiz einer statistischen Durchleuchtung; sie zeigt, daß sein Anteil am schweizerischen Gesamtaußenhandel unter 3% bleibt, und daß nur Rotchina mit Hongkong für den Schweizer Export an Bedeutung gewonnen hat.

Sonstige erwähnenswerte Artikel wirtschaftlichen Inhalts

Zum Abschluß unseres heutigen Überblicks sei es erlaubt, auf die Titel einiger Beiträge in den Wirtschafts-Zeitschriften hinzuweisen, die von allgemeinem Interesse sein dürften, ohne daß wir zur Raumersparnis genauer auf ihren Inhalt eingehen. Die *Wirtschaft* vom Januar beschäftigt sich mit «Zusammenballungen innerhalb der Montanunion». In der *Schweizerischen Zeitschrift für Volkswirtschaft und Statistik* vom Dezember 1956 bespricht Professor Dr. W. A. Jöhr (St. Gallen) ausführlich die «Theorie der allgemeinen Volkswirtschaftspolitik» von Hans-Jürgen Seraphim, ein Werk, das 1955 im Göttinger Verlage Vandenhoeck und Ruprecht erschienen ist. Die rühmlichst bekannten Vierteljahresberichte der *Skandinaviska Banken* bescheren uns im Januar mit einer Aufzeichnung von Dr. Per Jacobsson: «Gewisse Aspekte der wirtschaftlichen Lage Großbritanniens». Im Hamburger *Wirtschaftsdienst* vom Januar verbreitet sich E. N. Shaffer (Bombay) über «Indiens Start zum zweiten Fünfjahresplan». Reichhaltiges Material bezüglich der ökonomischen Lage der Welt und ihrer einzelnen Staaten bietet wie üblich das im Dezember 1956 erschienene zweite Heft 1956 der *Weltwirtschaft* aus dem Kieler Institut. In Zeiten des Kampfes um die Erhöhung der Agrarpreise, wie wir sie erleben, ist es von Wert, einen Artikel von Dr. E. Dettwiler (Brugg) über «die Preisparität in landwirtschaftlichen Betrieben des schweizerischen Mittellandes» in der schon vorher zitierten *Agrarpolitischen Revue* vom Februar/März zu studieren. Heft 1 (Januar/Februar) des *Plan* wartet mit «Erfahrungen und heutigen Richtlinien bei der Anlage von Autobahnen» von Dr. R. Boschmann (Stuttgart) auf. Endlich sind nach der Ansicht des *Neuen Journals* vom 27. Februar «kleine Motorfahrzeuge groß im Kommen».

Hans Posse